

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Genosse“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat April 35.— M., im voraus zahlbar. Durch die Post bezogen 32.— M. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 60.— M., für das übrige Ausland 67.— M.

Die schönste Komposition über deren Raum kostet 12.— M. einschließlich Anzeigensteuer. Kleine Anzeigen: Das fertige Blatt 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M., einschließlich Anzeigensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2.— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Fort-Anzeigen: das fertige Blatt 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 90—152 95

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Genua

Von H. Stein.

Nach monatelangen Vorbereitungen tritt heute die mit ungeheurer Spannung erwartete Weltkonferenz in Genua zusammen, auf der die Vertreter von dreißig Nationen über die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart beraten werden. Als Lloyd George im Januar auf der Konferenz in Cannes die Parole der allgemeinen Weltkonferenz ausgab und den französischen Ministerpräsidenten Briand veranlaßte, seinen Pläne zuzustimmen, schien ein verheißungsvoller Umschwung in der europäischen Politik eingetreten zu sein. Seitdem ist in den schäumenden Wein der Begeisterung viel Wasser hineingegossen worden, und die Erwartungen derjenigen, die auf eine radikale Aenderung der europäischen Politik hoffen, sind durch die späteren Ereignisse erheblich herabgestimmt worden. Eine Zeitlang schien es sogar, als ob die Konferenz in Genua überhaupt nicht zustandekommen würde, aber schließlich haben doch die ehernen Gesetze der ökonomischen Notwendigkeit, die Lloyd George zu seiner Stellungnahme veranlaßt hatten, den Sieg davongetragen über die Gemütskräfte, die von den Ruyneßern der bestehenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse aufgestürtzt wurden.

Die Hauptschwierigkeiten, die dem Konferenzplan bereitet wurden, kamen aus Frankreich. Die Konferenz in Cannes hatte noch nicht ihre Arbeiten beendet, als bereits der Vorstoß des „Nationalen Blocks“ erfolgte, durch den Briand gestürzt und Poincaré an die Spitze der französischen Regierung gestellt wurde. Von diesem Augenblick an setzte unter der Führung Poincarés jener zähe systematische Feldzug gegen die Konferenz in Genua ein, der Lloyd George zwang, das ursprüngliche Programm der Weltkonferenz zu beschränken und den rücksichtslosen Sonderinteressen des französischen Kapitalismus in größerem Maße Rechnung zu tragen, als es den von größeren weltpolitischen Gesichtspunkten geleiteten Plänen des englischen Kapitals entsprach.

Diese Fesselung Lloyd Georges wurde durch die parteipolitische Krise gefördert, die unmittelbar nach der Konferenz in Cannes in England einsetzte und den Bestand der Regierungskoalition bedrohte. Nur mit Mühe gelang es schließlich, die Rebellion des konservativen Flügels der Koalition, der unionistischen Partei zu beschwichtigen, die fast zu dem Sturze Lloyd Georges geführt hätte. Diese parteipolitischen Auseinandersetzungen schwächten naturgemäß die Stellung Lloyd Georges in den großen internationalen Fragen und lähmten seine Energie im Kampfe gegen die Sabotageversuche Poincarés.

Ein weiterer wichtiger Umstand war der Beschluß der Vereinigten Staaten, von einer offiziellen Beteiligung an der Genueser Konferenz Abstand zu nehmen. Auch dieser Beschluß ist zum Teil diktiert worden durch parteipolitische Erwägungen im Hinblick auf die im Herbst stattfindenden Wahlen. Aber letzten Endes wird diese Haltung der Vereinigten Staaten bestimmt durch das Mißtrauen, das sie der europäischen Politik entgegenbringen.

Amerika weiß sehr wohl, daß eine Behebung der europäischen Wirren und eine Milderung der weltwirtschaftlichen Krise undenkbar ist, wenn nicht das Problem der interalliierten Schulden an die Vereinigten Staaten gelöst wird. Aber das amerikanische Kapital will dieses Druckmittel auf Europa nicht aus der Hand geben, ehe es nicht die Sicherheit hat, daß ihm durch die Stabilisierung der europäischen Verhältnisse neue Wege zur Behebung der amerikanischen Absatzkrise und zur Ausbeutung der osteuropäischen und asiatischen Rohstoffquellen eröffnet werden.

Durch die Abwesenheit Amerikas in Genua verliert Lloyd George einen mächtigen Sekundanten, der ihm bei der Durchsetzung der Ziele eines internationalen Ueberimperialismus, gegenüber den engen nationalen Imperialismen, seinen Beistand hätte leisten können. Doch trotz seiner offiziellen Abwesenheit wird Amerika entscheidenden Einfluß auf die Beschlüsse der Genueser Konferenz ausüben. Das Drängen des amerikanischen Kapitals auf Beschränkung der europäischen Rüstungen und Erschließung der europäischen Märkte und Rohstoffquellen, wird in Verbindung mit der finanziellen Abhängigkeit Europas von Amerika einen starken Druck auf die Verhandlungen in Genua ausüben.

Unter den weltpolitischen Fragen, die im Mittelpunkt der Genueser Konferenz stehen, ist in erster

#### Vor der Eröffnung der Konferenz

##### Der Empfang der Gäste

(Spezialbericht). Genua, 8. April.

Bei herrlichem Sonnenschein und sommerlicher Wärme empfängt die reichgeschmückte Stadt die zahllosen Gäste, die die europäische Wirtschaftskonferenz bilden und mit mehr oder weniger guten Reden begleiten wollen. Für ihre Aufnahme und ihre Verussarbeit ist das Mögliche geschehen, aber noch ist alles in wirrem Durcheinander, und die Verhältnisse beginnen sich erst langsam zu klären.

Die amtliche italienische Welt trat heute mittag beim Empfang Lloyd Georges feierlich in die Erscheinung. Der Andrang der Bevölkerung ist nicht übermäßig, die Begeisterung zeigt nicht allzu viel von südlicher Lebhaftigkeit; aber die ganze Stadt scheint in großer Erregung der Dinge zu harren, die da kommen sollen.

Die 700 Journalisten aus aller Herren Länder sind schon ziemlich vollzählig eingetroffen und in der Casa die Stampa, dem Pressehaus, zeigt sich das Leben und Treiben eines Vienenforbes.

Die politische Stimmung ist etwas skeptisch, aber man ist sich auch klar darüber, daß die Arbeit von Genua nicht verloren zu sein braucht, wenn sie auch nicht unmittelbar greifbare Ergebnisse zeitigt. Die Aufgabe einer Befreiung der Welt von den gefährlichen Nachwirkungen des Krieges und der Friedensdiktate ist ja auch so ungeteuer groß, daß sie an und für sich nicht mit einem Schiagen gelöst werden kann und daß es schon nichts Geringeres ist, auch nur einen ersten Schritt zu ihrer Lösung zu machen.

##### Die deutsche Delegation für Genua

Die amtliche Sachverständigenliste.

Amtlich geht den PPR. nunmehr folgende Liste der wirtschaftlichen Sachverständigen zu, die die deutsche Delegation für Genua, die bekanntlich gestern nachmittag um 2 Uhr Berlin verließ, von Anfang an begleiten wird: Friedrich Baltrusch, M. d. Reichswirtschaftsrats, Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin; Staatssekretär a. D. Bergmann, Direktor der Deutschen Bank, Berlin; Chefredakteur Dr. Georg Bernhard, M. d. Reichswirtschaftsrats, Berlin; Vize-Legationsrat a. D. Dr. Hücher, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Vorstandes der Deutschen Industrie, Berlin; Geh. Staatssekretär a. D. Bergmann, Direktor der Deutschen Überregierungsrat Cuno, Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Hamburg; Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Duisberg, Levertufen b. Köln; Reichstagsabgeordneter Anton Erkelenz, Berlin; Geh. Kommerzienrat Dr. Hagen, Vorsitzender der Handelskammer Köln; Chefredakteur Dr. Hilferding, M. d. Reichswirtschaftsrats, Berlin; Otto Hue, M. d. R. und d. Reichswirtschaftsrats, Essen; Konsul Dr. h. c. Kayenbergs, Frankfurt a. M.; Fabrikdirektor Hans Kraemer, M. d. Reichswirtschaftsrats, Berlin; Geh. Reg.-Rat Kreuter, M. d. Reichswirtschaftsrats, Berlin; Lüben, Direktor des Kohlen-Syndikats, Essen; Dr. Carl Reichler, Bankier, Hamburg; Geh. Kommerzienrat Franz v. Mendelssohn, Präsident der Handelskammer Berlin; Reichsminister a. D. von Raumer, M. d. R., Berlin; Reichsminister a. D. Rudolf Wissell, M. d. R. und des Reichswirtschaftsrats, Berlin.

Landwirtschaftliche Sachverständige fahren vorläufig schon aus dem Grunde nicht nach Genua, weil noch gar nicht feststeht, ob auf der Konferenz landwirtschaftliche Fragen zur Erörterung kommen. Wenn das der Fall ist, werden wie auch für die anderen Gebiete, jeweils die einschlägigen Sachverständigen nach Genua berufen werden.

##### Die Wirtschaftsdokumente der deutschen Delegation.

Von gutunterrichteter Seite erfährt die „Dema“: Das Material, das die deutsche Delegation für die Konferenz in Genua mitnimmt, wurde in einem sehr umfangreichen Dokument, das aus zwei Teilen besteht, niedergelegt. Der erste Teil umfaßt 396 Druckseiten, der zweite Teil ebensoviel. Vor allem sind in dem Material sehr genaue statistische Darlegungen über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands sowie über seine Leistungsfähig-

keit enthalten, wie sich diese nach der Annahme der neuen Steuergesetze darstellen. Dann beschäftigt sich der erste Teil der Dokumente eingehend mit der Frage der deutschen Währung, mit dem Problem der Stabilisierung der Mark und mit den Anleiheproblemen. Dabei wird auch die Frage der internationalen Anleihe behandelt sowie die Erfahrungen, die die deutsche Regierung bisher mit Anleihe-Verhandlungen in neutralen Finanzströmen gemacht hat.

Was die russische Frage anbetrifft, so werden in beiden Dokumenten gewisse Vorschläge vorgetragen, daß nach Aufassung der deutschen Regierung der Wiederaufbau Rußlands allein im Einvernehmen mit der Sowjetregierung durchgeführt werden könne. Der Plan des internationalen Wiederaufbaus undikals wird von den deutschen Sachverständigen als ungeeignet bezeichnet. Das Material, das eine Reihe von Gutachten deutscher Sachverständiger enthält, macht über die Wiederherstellung des russischen Verkehrsweßens genaue Vorschläge.

##### Reichskanzler Wirth über Genua

Reichskanzler Wirth empfing vor der Abreise nach Genua einen Korrespondenten der „United Press“. Dr. Wirth erklärte, er gehe nach Genua mit demselben Gefühl wie die meisten anderen Nationen, nämlich mit reduzierten Erwartungen. Trotzdem betrachten wir, sagte der Kanzler, Genua als einen weiteren Schritt nach vorwärts. Die Währungsfrage ist nicht die primäre Frage, wenn man aber eine Währungsform für Deutschland vorbereiten will, müssen auch die Ursachen der Währungsbelendes beseitigt werden. Sollen wir vielleicht darüber schwachhaft sprechen, da doch jeder Wirtschaftspolitiker in Europa, ja in der ganzen Welt es gesehen hat, daß die Goldzahlungen die Währungs-katastrophe herbeigeführt haben? Man spricht von einer Währungsreform unter Zuhilfenahme fremder Anleihen. Aber jede Anleihe verlangt eine Basis, die man aber nur dann findet, wenn das Reparationsproblem selbst eine wirtschaftliche tragbare Form erhält. Trotzdem ist für Europa Genua außerordentlich bedeutungsvoll, denn es ist der erste Schritt zur Annäherung der europäischen Nationen.

##### Das deutsche Friedenskartell über Genua

Das Deutsche Friedenskartell, dem 15 pazifistische Organisations angehören, versendet folgende Rundgebung:

„Die Einberufung der Konferenz von Genua bedeutet, einerlei, welche Enttäuschungen sie für hochgespannte Erwartungen bringen mag, einen gewaltigen Fortschritt. Man hat erkannt, daß die Wiedergesundung des Weltwirtschaftskörpers ein einheitliches, die Wohlfahrt aller Länder berührendes Problem ist, und daß man auch den Wiederaufbau der deutschen und der russischen Wirtschaft davon nicht ausschließen kann. Man verhandelt mit den Vertretern beider Länder auf dem Fuße der Gleichberechtigung, statt rücksichtslos zu diktieren und Diktats mit Drohungen durchzuführen.“

Auch Rückschlüsse in die Gewaltmethode können diesen Fortschritt nicht dauernd aufhalten. Die wirtschaftliche Erneuerung der Welt kann durch die Konferenz in Genua wohl in Angriff genommen werden; durchzuführen kann sie aber nur eine ständige Organisation, wie sie der Völkerverbund sein wird, sobald er universalen Charakter erlangt. Unerlässlich für den wirtschaftlichen Wiederaufbau ist die Vermeidung aller Aufgaben für unproduktive Zwecke. Deshalb ist die in den Friedensverträgen versprochene allgemeine Beschränkung der Rüstungen so rasch und so gründlich wie möglich ins Werk zu setzen. Die volle Währung aber kann, wie der wirtschaftliche Wiederaufbau, nur erreicht werden in einer die Welt umspannenden Organisation. Deshalb muß auch die Fortführung des Werkes von Washington in den Völkerverbund einmünden. Genua und Washington beweisen die Notwendigkeit, alle Völker einzugliedern in den lebendigen Organismus einer universalen Rechts-, Wirtschafts-, Arbeits- und Kulturgemeinschaft. Zur Verwirklichung dieser Forderung rufen wir die Regierungen, rufen wir die Völker auf.“

Linie die russische Frage zu nennen. Zwar gehen die Wurzeln der weltwirtschaftlichen Krise auf Deutschland zurück, das unter der Last der Reparationszahlungen gezwungen ist, die ganze Welt mit billigen Waren zu überschwemmen und die Industrie in England und Amerika stillzulegen. Doch infolge des heftigen Einspruchs Frankreichs und Belgiens darf die Reparationsfrage in Genua nicht berührt werden. Ebenso dürfen die übrigen Fragen, die mit den verschiedenen Friedensverträgen in Verbindung stehen, offiziell nicht erörtert werden. Doch die Schwierigkeiten, die infolge dieser Verträge auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiete eingetreten sind, müssen auf irgendeine Weise

behoben werden. Deutschland, das trotz der ungeheuren Reparationslasten seinen wirtschaftlichen Apparat wieder in Gang gebracht hat, von dessen regelrechtem Funktionieren im hohen Maße die Ueberwindung der Weltkrise abhängt, kann nicht mehr lediglich als Objekt der Weltpolitik behandelt werden. Das ist aber für den internationalen Kapitalismus nur dann möglich, wenn ein anderes Objekt gefunden wird, auf dessen Rücken sich die Annäherung der hochentwickelten kapitalistischen Staaten vollziehen kann.

So hat das Problem der Wiederherstellung der Weltwirtschaft, das im Mittelpunkt der Genueser Konferenz steht, die internationale Diplomatie nach

Rußland geführt, zu jenem ungeheuren Kontinent mit einer vorwiegend agrarischen Wirtschaft und einer zerstörten Industrie, der für viele Jahre als Konkurrenz ausgeschaltet ist und als gewaltiges Reservoir für Kapitalanlagen und Ausbeutung billiger Arbeitskraft dienen kann.

Diese Wendung in der internationalen Politik der führenden kapitalistischen Staaten fällt zusammen mit der radikalen Schwankung in der Wirtschaftspolitik Sowjetrußlands. Nach dem Zusammenbruch des auf falschen Voraussetzungen beruhenden und mit unzulänglichen Mitteln betriebenen kommunistischen Experiment sieht sich die Sowjetregierung genötigt, vor den privatwirtschaftlichen Bestrebungen des Bauerntums und Kleinbürgertums zu kapitulieren und an den internationalen Kapitalismus zu appellieren, um gemeinsam mit ihm die zerstörte Wirtschaft Rußlands wieder aufzubauen. Diese Schwankung in der sowjetrussischen Politik hat gemeinsam mit den weltwirtschaftlichen Notizen der führenden kapitalistischen Staaten die Frage einer direkten militärischen Bekämpfung Sowjetrußlands völlig in den Hintergrund gedrängt und jene politische Annäherung zwischen Sowjetrußland und den Westmächten bewirkt, die zur Einladung der Moskauer Regierung nach Genua geführt hat.

Das zentrale politische Problem, das in Genua zur Verhandlung steht, läuft nun darauf hinaus, daß eine Form gefunden wird, um dem westeuropäischen Kapital das Eindringen in das russische Wirtschaftsgebiet zu ermöglichen. Diese Frage ist aber eng verknüpft mit der Herstellung solcher rechtlich-politischer Zustände in Rußland, die die Sicherheit des westlichen Kapitals garantieren. Die wirtschaftliche Frage schlägt hier um in eine politische Frage, die sowohl für das russische wie für das internationale Proletariat von ungeheurer Bedeutung ist.

Nicht minder wichtig ist aber auch die Frage des internationalen Konjunktions zur Ausbeutung Rußlands, die ursprünglich von Lenin und Krasin ausgearbeitet, im Mittelpunkt der politischen Erörterungen der letzten Monate stand. Sowohl das russische wie das internationale Proletariat muß mit aller Macht diesen Plan eines internationalen Konjunktions bekämpfen, das das ungeheure russische Wirtschaftsgebiet und das russische Volk zum willenlosen Sklaven des internationalen Finanzkapitals machen würde. Nicht minder muß insbesondere das deutsche Proletariat den Plan bekämpfen, daß Deutschland die Rolle eines Zwischenmeisters bei dieser Operation übernimmt. Von Erfolg kann jedoch dieser Kampf nur sein, wenn in Rußland selbst jene Voraussetzungen geschaffen werden, die eine einheitliche Front aller Schichten des arbeitenden Volkes gegen die Unterdrückungspläne des westlichen Kapitalismus ermöglichen. Geschieht dies, so hat Rußland unter Mitwirkung des gesamten internationalen Proletariats auf der Genuefer Konferenz eine weit vorteilhaftere Stellung, als wenn es mit den Methoden der bürgerlichen Diplomatie den Versuch unternimmt, einen Staat gegen den anderen auszuspielen, um einen Teil in die gegnerische Front hineinzutreiben.

Das deutsche Interesse läuft mit diesem Interesse Rußlands parallel. Weder darf Deutschland sich dazu hergeben, nach Eingliederung in die gemeinsame Front des internationalen Kapitalismus die Rolle eines Sklavenaufsehers und Steuereintreibers in Rußland zu übernehmen, noch darf es sich dazu verleiten lassen, den Forderungen nationalbolshewistischer Demagogen in der deutschnationalen Presse zu folgen und gemeinsam mit Rußland und der Türkei „aktive Politik“, d. h. nationalpolitische Revanchepolitik den Westländern gegenüber zu treiben. Deutschland muß vielmehr, gerade weil seine wirtschaftliche Zukunft in hohem Maße von der Lösung des russischen Problems abhängt, alles daran setzen, daß die russische Frage in Genua in der Richtung der Gesamtinteressen der russischen Revolution behandelt wird. Nur wenn es selbst dagegen ankämpft, daß Rußland zu einem Objekt der Weltpolitik degradiert wird, wird es schließlich durchsehen, daß auch Deutschland aufhört, ein willenloses Objekt der internationalen Politik zu sein und daß trotz des Widerstrebens einzelner Entente-Länder die Frage der Revision der Friedensverträge auf die Tagesordnung der europäischen Politik gestellt wird.

## Die Politik des Zentrums

Eine Rede des Abgeordneten Marx — Reichsschulgesetz.

Der Reichstagsabgeordnete Marx, Vorsitzender der Zentrumsfraktion, hat auf dem Delegiertentag der Berliner Zentrumspartei eine große politische Rede gehalten, die in mehr als einer Beziehung beachtenswert ist. Die Rede zeigt, daß sich das Zentrum als die Regierungspartei schlechthin und insbesondere als die Partei des Kabinetts Birih fühlt. Wie schon auf dem Reichsparteitag des Zentrums, so hat sich Marx auch jetzt absolut eindeutig hinter Birih und seine Politik gestellt. Er erzählte von den letzten Koalitionskrisen, da alles auseinander zu laufen drohte, und schilderte die Rolle des Reichskanzlers bei den damals abgehaltenen Konferenzen so:

„Da trat der Reichskanzler Birih auf und erklärte: Ich weiß einen Ausweg. Wir bilden überhaupt keine Koalition. Ich werde ein Ministerium bilden, wie es mir gefällt. Dann sind die Parteien frei von der Verantwortung. Das war die Tat eines Mannes, der zu Opfern bereit war, eine Tat, die eine schwere Krise beendete und für die ihm das deutsche Volk nicht genug danken kann. (Leb. Beif.) So haben wir bis jetzt gearbeitet und so werden wir weiterarbeiten.“

Das zeigt, daß Birih seiner Partei nach wie vor sicher sein kann trotz mancher Elemente, die nach rechts streben und eine Verbindung in dieser Richtung weit über Stinnes und Stresemann hinaus gern eingehen würden.

Die gleiche Rede des Zentrumsvorsitzenden zeigt aber auch die Stelle, wo die Zentrumspolitik am gefährlichsten ist und wo diese Partei ihre gegenwärtig sehr große Machtstellung zum größten Nachteil für das

arbeitende und nach Befreiung strebende Volk ausbeutet wird. Marx kam auf das Reichsschulgesetz zu sprechen. Dieses Gesetz soll die Verwirklichung des Weimarer Schulkompromisses darstellen. Daher kommen einige Mitteilungen des Zentrumsführers über die Entstehungsgeschichte dieser gefährlichen Schwäche der Reichsverfassung gerade zur rechten Zeit. Marx erzählt:

„In Weimar hatten wir zunächst ein Kompromiß mit den Sozialdemokraten gemacht. Es stellte die drei Schulformen als gleichberechtigt nebeneinander. Wir haben dieses schöne Kompromiß aufgegeben und die Demokraten zugezogen — nicht aus Leichtsinne, sondern aus Klugheit; denn unser Ziel war, zu einem halbhabaren Resultat zu kommen, zu einem Resultat, das unsern Grundgedanken entspricht und auch denen der andern Rechnung trägt. Wir können den Spalt, der unser Vaterland seit der Reformation zerrissen hat, nicht beseitigen. . . . Wir werden gewiß nie Grundätze aufgeben, aber wir müssen so weit nachgeben, wie unsere Grundätze es zulassen und das Gesetz so gestalten, daß auch jene Eltern, die über die Schulform anders denken wie wir, das Recht haben, die Schulen für ihre Kinder so einzurichten, wie sie es für richtig halten, während wir für die katholischen und die evangelischen Eltern das Recht auf die Bekenntnisschule retten. Dies ist in der Schulfrage das Ziel der Zentrumspartei.“

Nach dem auf solche Weise zustande gekommenen Art. 146 der Reichsverfassung und dem gegenwärtig vorliegenden Gesetzentwurf soll die „Gemeinschaftsschule“, die die Kinder aller Bekenntnisse und Weltanschauungen vereinigt, fortan die Regel sein, während konfessionelle Schulen auf der einen und weltliche auf der anderen Seite nur als Ausnahmen auf Antrag der Erziehungsberechtigten zugelassen sind.

In der vergangenen Woche hat nun das Zentrum in Gemeinschaft mit den Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei einen Antrag zum Reichsschulgesetz eingebracht, der den § 1 dieses Gesetzes wie folgt formuliert wissen will:

„Die Volksschulen sind entweder Gemeinschaftsschulen oder Bekenntnisschulen oder bekenntnisfreie Schulen. Den drei Schularten dieses Gesetzes ist gleichmäßig freie Entwicklungsmöglichkeit zu geben.“

Das heißt, der Antrag soll den Zustand schaffen, den das Zentrum — nach Marx — in Weimar aufgegeben hat: er soll „die drei Schularten als gleichberechtigt nebeneinander“ stellen, wie Marx sich ausdrückt. Das sieht doch recht nach Echter-naher Springprozedur aus, was für das Zentrum gewiß nicht übel passen würde. Man weiß also jetzt nicht genau, ob man Marx oder diesem Antrag glauben soll, ob Marx' Rede oder der Antrag das „Ziel der Zentrumspartei“ in der Schulfrage, um wiederum mit Marx zu reden, richtig formuliert. Nur eines weiß man genau: daß man in Schulfragen beim Zentrum auf alles gefaßt und zur entscheidenden Abwehr jederzeit bereit sein muß. Die bevorstehenden Elternbeiratswahlen müssen daher von der Berliner Proletariat benutzt werden zu einer wichtigen Rundgebung für seine Schulforderungen.

## Das reichszerstörende Bayern

Von Tag zu Tag mehren sich die Nachrichten über die Winterarbeit, die die bayerische „Ordnungszelle“ gegen die Einheit des Reiches leistet. Das neue Objekt der bayerischen Expansionsgelüste ist der Süden von Thüringen, den Bayern von dem sozialistisch regierten Thüringer Einheitsstaat loslösen und seinem guten Magen einverleiben möchte. Um dieses Ziel zu erreichen, wird von bayerischer Seite die Bevölkerung dieser Thüringer Gebietsteile in unverantwortlicher Weise aufgehetzt, es werden der Bevölkerung allerlei schöne Dinge im Falle eines Anschlusses an Bayern versprochen, die natürlich in Bayern so wenig wie in Thüringen zu verwirklichen sind.

In der letzten Sitzung des früheren Meininger Landtages, der jetzigen Gebietsvertretung, kamen diese künstlich erzeugten „Mißstimmungen“ gegen Großthüringen scharf zum Ausdruck. Während die Sozialisten betonten, daß die Abtrennungsbestrebungen nicht ernst zu nehmen seien, behaupteten die ländlichen Vertreter, daß diese Tendenzen sehr ernst seien und auch von meininger Sozialistenkreisen unterstützt würden. Die Thüringer Regierung habe allen Grund, die bisher unerfüllten Wünsche des Meininger Landtags, die auf dem Gebiete der Verwaltung und der Justiz liegen, zu beachten, wenn die von Bayern her unterstützten Abtrennungsbestrebungen nicht weiter an Bedeutung gewinnen sollen. Am schärfsten kamen diese Loslösungswünsche bisher in den Kreisen Hildburghausen, Sonneberg und Meiningen zum Ausdruck. Die Thüringer Regierung wendet dieser Frage die größte Aufmerksamkeit zu und ist bestrebt, den Abfall Südhüringens abzuwenden.

## Es muß gelogen werden!

Die Ausführungen des Genossen Dr. Cohn im preussischen Landtag über den an den Kadettenanstalten gezüchteten militaristischen Ungeist haben den Born der rechtsstehenden Presse erregt. Das war nicht anders zu erwarten. Rational denken und empfinden, hieß für diese Herrschaften seit je: die Wahrheit unterdrücken, heißt heute mehr als vordem dem Bösen des Nationalismus Vorbeerkranke flechten, auch wenn die Handlungen dieser Bösen noch so verderblich für das Volk waren. Nun meldet sich aber in einer Zuschrift an die Presse auch der „Verband nationaldeutscher Juden“ und wagt es in einer Form, die von großer politischer Beschränktheit zeigt, gegen die Ausführungen des Genossen Dr. Cohn zu polemisieren. Welcher sonderbarer Kreis von Personen sich da zusammengefunden hat, geht schon aus der Tatsache hervor, daß in der Zuschrift behauptet wird, Genosse Dr. Cohn habe bereits früher als Mitglied des berühmtesten Untersuchungsausschusses des Reichstags seinen infernalischen Klassenhas an Hindenburg und Ludendorff ausgelassen. Jetzt habe Genosse Dr. Cohn sich auch im Landtag eine „niedrige Beschimpfung“ der deutschen Heerführer erlaubt und sie mit „vergifteten Födelchen“ überfallen.

Wer den Landtagsbericht aufmerksam gelesen hat, wird wissen, daß dieser hysterischen Entrüstung der nationaldeutschen Juden jede Berechtigung fehlt. Die Rede Dr. Cohns war von einer geradezu muster-gültigen Sachlichkeit getragen und sie war auch in der Form von jeder Entladung frei. Das zu betonen, wäre eigentlich überflüssig, da allgemein bekannt ist, daß gerade Genosse Dr. Cohn seine Polemik in einer so vornehmen Weise zu führen versteht, daß sich mancher Abgeordnete ein Beispiel daran nehmen könnte. Auch die nationaldeutschen Juden könnten, wenn sie die Reden des Genossen Dr. Cohn aufmerksam lesen würden, nicht nur politisch und geistig mancherlei gewinnen, sie könnten aus ihnen auch lernen, daß durch Sachlichkeit eine weit stärkere Wirkung erzielt wird, als durch hysterische Geschimpfe.

Wir wissen nicht, ob die „nationaldeutschen“ Juden durch ihr Austreten die Freundschaft des Herrn Wulle gewinnen wollen. Geistig gehören sie jedenfalls in dieses Lager. Es soll ihnen aber gesagt sein, daß durch ihr Austreten weder dem Judentum noch dem deutschen Volke irgendein Nutzen erwächst. Denn der Kreis derer, die unter allen Umständen wollen, daß gelogen werde, ist bereits groß genug; und groß genug ist auch das Unheil, das durch die Politik der Lüge im und nach dem Kriege angerichtet wurde.

## Stinnes läßt nicht locker

Die deutschen industriellen Schwerverdiener machen einen neuen Vorstoß, um die Reichseisenbahnen ihrem nimmer-satten Magen zuzuführen. Der Reichsregierung ist vor einiger Zeit im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für Genua vom Reichsverband der Industrie ein von Unterstaatssekretär Franke, Generaldirektor Heinrich, Geheimrat Martin, Dr. Quack und Eisenbahndirektionspräsident a. D. Schaeven erstattetes „Gutachten“ über die deutsche Eisenbahnfrage übergeben worden. Das „Gutachten“ soll demnächst veröffentlicht werden. Aber schon jetzt wird bekannt, daß es den einzig gangbaren Weg zum Wiederaufbau des Eisenbahnwesens in der Form einer gemeinwirtschaftlichen Gesellschaft mit überwiegender Beteiligung der freien Wirtschaft und unter unbedingter Ablehnung des ausländischen Einflusses auf das deutsche Eisenbahnwesen sieht.

Die Herrschaften sollen mit ihrem „Gutachten“ doch nicht so aufdringlich hervortreten. Es genügt, daß sie antworten, falls sie nach ihre Meinung gefragt werden, und es ist schon schlimm genug, daß das so oft, viel zu oft geschieht.

## Keine gemeinsamen Rundgebungen

Zum 20. April.

Die Berliner Konferenz der drei Internationalen hat beschlossen, daß am 20. April, und wo dies aus technischen und organisatorischen Gründen nicht möglich ist, am 1. Mai, in allen Ländern „kraftvolle, möglichst geeinte Massenrundgebungen“ für die in dem gemeinsamen Aufruf festgestellten Forderungen veranstaltet werden sollen. Bereits in dem Fernerkomitee der Internationalen Konferenz haben die Vertreter der Zweiten Internationale darauf hingewiesen, daß sie mit gemeinsamen Rundgebungen nur dann einverstanden sein können, wenn die Gemeinsamkeit in allen Ländern garantiert würde.

Das scheiterte an der Ablehnung der kommunistischen Internationale, die sich weigerte, auch für Rußland die Gemeinsamkeit der Rundgebungen mit Menschewik und Sozialrevolutionären zuzugestehen. Deshalb wurde in der gemeinsamen Resolution von der Verpflichtung zu gemeinsamen Rundgebungen Abstand genommen.

Der Parteivorstand der SPD. teilt nun im „Vorwärts“ mit, daß er es ablehne, in Deutschland gemeinsame Rundgebungen mit den Anhängern der Dritten Internationale zu veranstalten, weil in Rußland seine Parteigenossen gewaltsam verhindert werden, an den gleichen Rundgebungen teilzunehmen. Danach ist anzunehmen, daß die Rundgebungen des 20. April von jeder Partei allein veranstaltet werden.

## Die Braunschweiger Polizeiaffäre

Braunschweig, 8. April.

Das Staatsministerium hat beschlossen, den Kommandeur der Schutzpolizei, Major Karthaus, vorläufig vom Amt zu suspendieren. Karthaus ist durch die Verhandlungen des Landtagsausschusses zur Untersuchung der gegen die Mitglieder des Staatsministeriums gerichteten Angriffe des Abgeordneten Dertter schwer belastet. Ein gleicher Beschluß des Staatsministeriums wurde mit Bezug auf den Hauptmann der Schutzpolizei Staeg gefaßt. Es lag auch eine Entschließung des Beamtenausschusses der Schutzpolizei vor, die um Entziehung der beiden Suspendierten von ihren Ämtern ersuchte.

## Rechtssozialisten für Wucherfreiheit

Wie uns unser Münchener Sonderkorrespondent mitteilt, hat sich am Freitag im bayerischen Landtage eine ungläubliche Sache abgespielt. In der Sitzung des Wirtschaftsausschusses hat der Sprecher der Rechtssozialisten unter stürmischem Beifall der reaktionären Landwirte die Aufhebung des Getreidenulageverfahrens gefordert. Unser Genosse Stod trat dem Rechtssozialisten scharf entgegen.

## Eisenbahnüberfall

Magdeburg, 8. April.

Wetern abend um 8 Uhr wurde auf den Zug 6 der Kleinbahn Halle—Hettstedt zwischen Koellme und Teufschenthal ein Überfall verübt. Die in Abteilen der 2. Klasse getrennt sitzenden Reisenden, Frau Dr. Reite aus Schmitterdorf, Frau Bahnhofsvoortand Schulz und ein junger Mann namens Koehler, beide aus Hettstedt, wurden von Räubern erschossen. Die Mutter des Koehler konnte flüchten. Ueber die Täter ist nichts bekannt. Kriminal- und Schutzpolizei wurden noch nachts zur Vernehmung herangezogen. Die Untersuchung liegt in den Händen der Staatsanwaltschaft.

Verhaftung Semenow. Nach einer Havasmeldung aus Newyork wurde gestern abend der Kofalenfahrer General Semenow bei seiner Ankunft in Washington verhaftet. Es soll wegen Unterschlagung von Pelzen und Wollewaren im Werte von 475 000 Dollar gegen ihn vorgegangen werden.

# Die Agrarier haben Vertrauen

## Wucherfreiheit für Getreide und Kartoffeln!

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand am Freitag unter Vorsitz des Reichsministers Fehr eine Konferenz mit Vertretern der Landwirtschaft statt, die, wie offiziell berichtet wird, von zahlreichen führenden landwirtschaftlichen Persönlichkeiten besucht war. Gegenstand der Verhandlungen war die Getreidebewirtschaftung im kommenden Wirtschaftsjahr. In seinen Begrüßungsworten sprach der Minister das Bedauern darüber aus, daß diese Besprechung bis jetzt habe verschoben werden müssen, die für die Regelung der wichtigsten Ernährungsfragen des kommenden Wirtschaftsjahres von einschneidender Bedeutung sei. Es werde sein Bestreben sein, diese und die übrigen wichtigen Fragen, die für die Erzeugung und Ernährung in Deutschland in Betracht kämen, in enger Fühlungnahme mit der Landwirtschaft zu regeln. Die Konferenz mit den Ernährungs- und Landwirtschaftsministern der Länder, die jüngst stattgefunden habe, habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß die vollkommen freie Getreidebewirtschaftung im nächsten Jahre nicht möglich sei, und dieser Standpunkt stimme überein mit der Auffassung der Reichsregierung. Darüber hinaus habe jene Konferenz auch um Vorschläge und Material seitens des Ministeriums für die Regelung der Kartoffelbewirtschaftung gebeten. Hinsichtlich der Getreidebewirtschaftung hoffe er, in eingehenden sachlichen Verhandlungen mit der Landwirtschaft zu einem erproblichen Ziele zu kommen. Dagegen glaube er nicht, daß man bei den Kartoffeln mit einer Umlage oder sonstigen öffentlichen Bewirtschaftungsform zum Ziel kommen werde, da hier weit größere technische Schwierigkeiten beständen und die Kommunalverbände auch nicht in der Lage und bereit seien, das finanzielle Risiko einer Kartoffelbewirtschaftung zu übernehmen. Man werde an den Abschluß von Lieferverträgen und die direkte Verbindung von Produzentenorganisationen und Verbraucherorganisationen denken müssen. Die Begrüßungsworte des Ministers wurden von der Versammlung beifällig aufgenommen. Namens der Landwirtschaft begrüßte es der Vorsitzende des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft, Edler von Braun, besonders, daß der Minister, wie sein Vorgänger, im Einvernehmen und in Fühlungnahme mit der Landwirtschaft sein Amt zu führen gedenke. Die Landwirtschaft werde ihre Hilfe bei der Durchführung der Aufgabe dem Minister nicht verweigern.

Die sachlichen Besprechungen wurden eingeleitet durch ein Referat des Präsidenten der Reichsgetreidekasse, der eingehend darlegte, welche Wirkungen auf die Versorgung und auf die Preisbildung die verschiedenen Möglichkeiten der Regelung der Versorgung mit Brotgetreide haben. Er machte darauf aufmerksam, daß die Zuschläge des Reiches im kommenden Wirtschaftsjahr vollkommen wegfallen und eine Verteuerung des Brotes schon hierdurch eintreten werde. Durch eine gleichzeitige Verringerung der Erzeugung bestimmter Mengen zu freien, die unter dem Weltmarktpreis liegen, werde die Möglichkeit genommen, einen stabilen und erträglichen Preis zu schaffen. In der Aussprache betonten die meisten Redner, daß eine Fortführung der Umlage für die Landwirtschaft unerträglich sei, wobei insbesondere darauf verwiesen wurde, daß hier eine ganz einseitige Belastung eines Berufsstandes vorliege, die einer Sondersteuer gleichkomme. Von verschiedenen Seiten wurde angeregt, in dieser Richtung Verbesserungen herbeizuführen. Auch wurden einige andere Vorschläge gemacht, die einer eingehenden Prüfung unterliegen sollen. Am Schluß ergab die Aussprache trotz des im allgemeinen ablehnenden Standpunktes der Landwirtschaft gegenüber der Umlage, daß die Vertreter bereit sind, in Einzelverhandlungen einzutreten und Vorschläge zu prüfen, sowie an Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Brotgetreide mitzuarbeiten, deren Ausschaltung in weiteren Verhandlungen beraten werden soll. Es wurde eine besondere Kommission eingesetzt, der führende Persönlichkeiten des Reichsausschusses der Landwirtschaft, sowie derjenigen Organisationen angehören, die im Reichsausschuß nicht vertreten sind. Die Kommission wird bereits in der nächsten Woche zu einer weiteren Aussprache zusammentreten.

Die Agrarier bringen also dem neuen Reichs-ernährungsminister ihr volles Vertrauen entgegen. Das heißt, daß auch von Herrn Professor Fehr für die verbrauchende Bevölkerung nicht mehr zu erwarten sein wird, als von seinem Vorgänger, dem Weinminister Hermes. Die Ausführungen der Vertreter der Landwirtschaft zeigen deutlich den Weg, der jetzt beschritten werden soll. Den Agrariern soll völlige Wucherfreiheit gewährleistet werden, auch die wenigen Maßnahmen, die aus der Zeit der Zwangswirtschaft noch übrig geblieben sind und verhindern sollten, daß die Preise für Brotgetreide ins Unendliche hinaufgetrieben werden könnten, sollen beseitigt werden. Was von dem Versprechen, „einen stabilen und erträglichen Preis zu schaffen“ zu halten ist, das haben die Konsumenten bereits reichlich zu spüren bekommen. Erträglich für die Agrarier, unerträglich aber für die minderbemittelte Bevölkerung. Und zu diesem Bild paßt auch, daß der Reichs-ernährungsminister sich dem Kartoffelwucher gegenüber vollkommen hilflos gebärdet!

# Internationale Studentenkonferenz

Leipzig, 8. April. Sonnabend vormittag wurde die Internationale Studentenkonferenz, zu der Vertreter aus etwa 15 Ländern sowie von verschiedenen ausländischen Studentenorganisationen erschienen sind, im Senatsaal der Universität feierlich eröffnet. Als Vertreter der Reichsregierung waren Justizminister des Innern Dr. Köster und Staatssekretär Schulz erschienen. Der Vorsitzende des Auslandsamtes der deutschen Studentenschaft, Zimmermann, betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß die Leipziger Veranstaltung sich in keiner Weise gegen andere Organisationen richte, die sich die internationale Zusammenarbeit unter den Studenten zum Ziele gesetzt haben. Sie halte sich fern von Politik und wolle nur der Arbeit gewidmet sein. Als Hauptaufgabe bezeichnete er die Organisation eines internationalen Studentenausschusses, die Vermittlung eines internationalen Briefwechsels und Bücher-austausch, ferner die Beratungen über die Errichtung eines internationalen Sanatoriums für tuberkulose Studenten in der Schweiz und das Hilfswerk für die russischen Studenten. Reichsminister des Innern Dr. Köster übermittelte die Grüße des Reichspräsidenten. Er erklärte, nichts sei wichtiger für die Zukunft Europas, als wenn die zukünftigen geistigen Führer der Länder sich schon in jungen Jahren kennenlernen und lernen, über die nationalen Schranken hinaus auch in geistlicher Beziehung dem allein Erfolge verpflichtenden Gedanken der

# Keine Spaltung des Beamtenbundes

Die Tagung des Deutschen Beamtenbundes ist zu Ende. Die Abspaltung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten vom Deutschen Beamtenbund, die am Freitag unmittelbar zu drohen schien, ist noch einmal vermieden worden. Diese Abspaltung wäre wahrscheinlich nicht auf die Eisenbahnergewerkschaft beschränkt geblieben, sondern hätte sofort oder sehr bald auch den Austritt der Reichspostgewerkschaft und des Deutschen Justizbeamtenbundes aus dem Deutschen Beamtenbund nach sich gezogen. Gestern hat nun der Führer der Eisenbahner, Menne, im Namen dieser drei Organisationen erklärt, daß diese Organisationen bereit seien, an der Klärung der Lage im Deutschen Beamtenbund weiter mitzuarbeiten. Diese Erklärung besagt zwar, daß die Eisenbahnergewerkschaft und die ihr nahestehenden Verbände im Deutschen Beamtenbund verbleiben, sie sagt aber gleichzeitig, daß diesen Verbänden die Lage innerhalb des Deutschen Beamtenbundes völlig ungeklärt erscheint.

Darin haben Menne und seine Freunde zweifellos recht. Der Eindruck völliger Unklarheit über Ziel und Weg des deutschen Beamtenbundes ist nicht auf die oppositionellen Verbände innerhalb des Deutschen Beamtenbundes beschränkt, sondern er besteht auch anderwärts. Auch wir haben den Eindruck, daß die Krise innerhalb des Deutschen Beamtenbundes durch die Umgehung der Spaltung durchaus nicht überwunden ist. Innerhalb des Deutschen Beamtenbundes sind außerordentlich viel Gegenstände vorhanden, und wir haben leider nicht den Eindruck, als sei die Politik der Führung des Deutschen Beamtenbundes geeignet, diese Gegenstände auszugleichen. Denn die einander widersprechenden Auffassungen sind nicht zufällig innerhalb des Deutschen Beamtenbundes vereinigt, sondern sie sind aus sehr natürlichen und erklärlichen Gründen innerhalb der Deutschen Beamenschaft selbst lebendig.

In dem ewigen Krisenzustand des Deutschen Beamtenbundes offenbart sich zunächst der soziale Gegensatz zwischen den unteren und den oberen Beamten, wobei die mittleren Beamten zum Teil in dem einen, zum Teil in dem anderen Lager stehen. Während die schlechter besoldeten Beamtengruppen mehr einer Verbindung mit den Arbeitern und ihren Organisationen zuneigen, sehen die oberen Beamten zu einer solchen Verbindung keinen Anlaß. Aber tiefer wurzelt ein zweiter Gegensatz, der den Deutschen Beamtenbund immer wieder auseinander zu reißen droht. Es ist einmal der Gegensatz zwischen dem Vorgesetzten und dem Untergebenen — denn fast jeder Beamte ist der Vorgesetzte eines anderen, und dieser Gegensatz macht es sehr schwer möglich, alle Beamten auch nur eines Ressorts in einer gemeinsamen Gewerkschaft beisammen zu halten. Zu alledem aber kommt als, wie uns scheint, wichtigste Quelle von Gegensätzen der Unterschied zwischen den Aufgaben der Beamtenschaften der einzelnen Ressorts. Die Eisenbahn- und Postbeamten stehen mitten im Wirtschaftsleben. Sie haben täglich durch ihre ausgesprochen wirtschaftliche Tätigkeit die innigste Verbindung zur Industrie und zu ihren Bedürfnissen. Der Gedanke, daß sie als Beamte der Staatsautorität irgendwie verpflichtet sein könnten, liegt ihnen ziemlich fern. Dagegen spielt dieser Gedanke für die geistige Beschaffenheit der Verwaltungsbeamten oder gar der Polizisten eine ungewöhnlich viel größere Rolle. Es ist durchaus natürlich und erklärlich, daß die Polizeibeamten auf das Streikrecht verzichten, während auf der anderen Seite die Eisenbahner und die Postbeamten es am energischsten fordern. Zwischen diesen beiden Extremen aber steht eine aus verschiedenen Gruppen gebildete Schicht, die sich dem Staate und dem Staatsgedanken auf Grund ihrer Tätigkeit verpflichtet fühlt, die aber in ihrer gedrückten sozialen Lage auf die Selbsthilfe nicht ganz verzichten will, also zu einer sehr schwankenden und unsicheren Auffassung kommt.

Alle diese Gegensätze werden innerhalb des Deutschen Beamtenbundes noch manche Krisis hervorrufen, bis eine unzweifelhaft notwendig erscheinende Scheidung heran-

reift, die zunächst alle die Beamtengruppen in das Lager der freien Gewerkschaften führt, die nach ihrer sozialen Lage an die Seite der Arbeiter und Angestellten gehören.

## Verhandlungsbericht

Unter allgemeiner Spannung der Delegierten des Bundestages des Beamtenbundes ergriff zu Beginn der gestrigen Verhandlung der Vorsitzende der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner, Menne, das Wort zu folgender

### Erklärung der Reichsgewerkschaft:

Namens der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner, der Reichspostgewerkschaft, des Justizbeamten-Bundes und verschiedener kleinerer Organisationen, habe ich die Erklärung abgegeben, daß wir bereit sind, an der Klärung der Lage im Deutschen Beamtenbunde weiter mitzuarbeiten. (Lebhafte Beifall.) Ich nehme an, daß Sie mich nicht mißverstanden haben: Wir sind bereit, an der Klärung der Lage im Beamtenbunde weiter mitzuarbeiten und uns auch vorläufig an den Anschlußbera-ungen zu beteiligen.

Schneider von der Postgewerkschaft bezeichnete als den nunmehr wichtigsten Punkt des Bundestages die Frage der Unterstützung der Gemahregelten. Er beantragte deshalb die sofortige Beratung der Anträge zu dieser Angelegenheit.

Barkein von den Eisenbahnern verlangte eine Beurteilung der Frage der Gemahregelten nicht auf Grund der jetzigen Situation, wie sie durch die Beschlüsse des Bundestages geschaffen worden sei, sondern auf Grund der Lage vor der Bundestagung. Er verlangte dabei die Berücksichtigung der Tatsache, daß nicht nur Eisenbahner, sondern auch Beamte anderer Kategorien gemahregelt worden seien.

Diese Ausführungen veranlaßten den Bundesvorsitzenden Büchel, das Wort zu nehmen. Er gab folgende

### Erklärung über die Maßregelungsfrage.

Ich stelle fest, daß keine Regierung ein Recht hat, aus dem Verlaufe des Bundestages etwas schlechtes zu tun, von der Vereinbarung mit dem Reichskanzler auch nur ein Jota abzuweichen zu dürfen. Der Deutsche Beamtenbund ist gern bereit, für die Opfer des Streikes nach besten Kräften einzutreten.

Ohne weitere Aussprache wurde alsdann einstimmig folgende, von den Eisenbahnern eingebrachte Resolution beschlossen:

Der Bundestag des D. B. B. nimmt Kenntnis von den, den Zusagen nicht entsprechenden Maßregelungen der Beamenschaft. Er erklärt hierin eine für die deutsche Beamenschaft untragbare Herabwürdigung ihrer Stellung zu Volk und Staat. Der Bundestag erwartet seitens der Reichs- und Saatsregierungen eine sofortige Verhandlung zur Beschränkung auf derjenigen Grundlage, die durch das Wort des Reichskanzlers geschaffen wurde. Der Bundestag ist bereit, alle über diese Vereinbarung hinausgehenden Maßregelungen zu bekämpfen und für die Gemahregelten bis zur völligen Sicherstellung einzutreten.

Mit überwältigender Majorität wurde dann beschlossen, die Mittel für die wirtschaftliche Unterstützung der Gemahregelten durch eine Pflichtumlage zu beschaffen. Nach längeren Auseinandersetzungen wurde dann entsprechend diesem Beschlusse gegen 6 Stimmen noch beschlossen, durch eine Pflichtumlage in Höhe von 50 M. einen Fonds für allgemeine und besondere Zwecke des Bundes zu begründen, der, weil ja der Beamtenbund nach den Erklärungen Büchels keine Lohnstreiks mehr führen will, den Namen Sicherheitsfonds erhalten soll.

Hierauf wurden geschäftliche, statutarische und organisatorische Fragen erledigt. Eine angenommene Entschließung fordert Unterstützung der Beamten des besetzten Gebietes, eine andere Sicherstellung von angemessenen Vorräten von Getreide und Kartoffeln durch die Regierung. Nach der Genehmigung des Haushaltsplanes, der mit 8 Millionen Mark balanciert, der Wahl des Ortes des nächsten Bundestages und des Bundesvorstandes, wobei zum 2. Vorsitzenden ein Vertreter der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner gewählt wurde, fand die Tagung ihr Ende.

Korporation zum Siege zu verhelfen. Zum Schluß wandte sich der Minister an die anwesenden Ausländer und bat sie, Deutschland so zu sehen wie es in Wirklichkeit ist. Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall und Händeklatschen aufgenommen.

## Bergbau-Reichskonferenz der Afa

Für Sonntag, den 9. April, haben die im Bergbau beteiligten Verbände des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes (Afa) eine Reichskonferenz einberufen. Die Tagesordnung lautet:

1. Die Stellungnahme zur Kohlenwirtschaft und Befestigung der Kohlenpreise,
2. Zentrale Lohnverhandlungen,
3. Die Organisation des Aufbaues der Knappschaftsvereine,
4. Die Werbung,
5. Schulfragen,
6. Verschiedenes.

Es ist dies die erste gemeinsame Bergbau-Reichskonferenz der Afa-Verbände, die sich zum Ziele setzt, für die Angestellten im Bergbau erspriechliche gewerkschaftliche Arbeit zu leisten.

## Der russische Staatskapitalismus

### Das Ergebnis des kommunistischen Parteitags.

D. E. (Drahtbericht) Terijoki, 8. April.

Die der Berichterstatter des Ost-Express erzählt, herrscht in Moskau die Auffassung, daß auf dem letzten Parteitag eine gewisse „Umwertung der Werte“ stattgefunden habe. Die theoretischen Ausführungen Lenins über das Wesen des Staatskapitalismus seien den breiteren Kreisen der Kommunisten unverständlich geblieben. Die Angriffe Lenins und seiner Anhänger gegen die Prinzipienfesten, aber in wirtschaftlichen Dingen unpraktischen Kommunisten hätten die Delegierten in eine gereizte Stimmung versetzt, so daß sie sich zu scharfen Ausfällen hinneigen ließen. Dennoch sei es Lenin gelungen, außer der Zu-

stimmung zur tatsächlichen Lösung der Partei vom Staate eine schließliche Unterwerfung der unzufriedenen Elemente durchzuführen, was auf das Fehlen einer wirklich starken geschlossenen Opposition zurückzuführen sei. Obwohl eine Spaltung vermieden worden sei, sei jetzt eine noch bedeutsamere Erscheinung zu verzeichnen: eine innere, sich im Verborgenen vollziehende Zersetzung der Partei.

Die Opposition führte darüber Beschwerde, daß die Direktiven des Kreml über die Einstellung des wirtschaftlichen Rückzuges unklar formuliert seien, so daß es nicht ersichtlich sei, auf wen die Regierung sich künftig zu stützen gedenke. Die wirtschaftsamtliche „Ökonomischeskaja Schiza“ schreibt zu dieser Frage, die Sowjetregierung habe bewußt zum Staatskapitalismus über, deren Grundlagen die staatliche Industrie, die gemischten Gesellschaften, die Verpachtung von Betrieben und die Vergebung von Konzessionen an Kapitalisten seien. Der Übergang zum Staatskapitalismus sei die letzte Etappe der Zugschändnisse.

## Die Betriebsratswahlen im Ruhrgebiet

Wohum, 8. April.

Die Ergebnisse der Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau liegen jetzt für 256 Orte vor, von 20 Orten stehen sie noch aus. Es haben erhalten: die Freien Gewerkschaften 1150 Betriebsräte, der Gewerkschaftsbund 817, die Arbeitervereine 551, der Hirsch-Duncker-Gewerksverein 24, die polnische Berufsvereinigung 96, die Freie Arbeiterunion in Gelsenkirchen 762, die Syndikalistischen 128, die Weiblen Gewerkschaften 8.

## Zähne 8 u. 12 Mk. mit Friedenskautschuk

5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an Spoz.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise

Zahn-Praxis Natvani, Danziger Straße 1

# A. WERTHEIM

## Wäsche und Blusen



Mädchen - Mantel  
aus Covercoat  
weiße Schliüpf-  
form, 45 cm lang  
jede weitere Größe 20 M mehr  
**315M**

In allen 4 Geschäften  
**Ullstein-  
Schnitt-  
muster**



Schul-Anzug  
mit Revers, Falten u.  
Gürtel, aus dunkel-  
gemustertem Stoff,  
für ca. 6 Jahre  
**325M**  
jed. weitere Größe 12 M,  
ab 9 Jahre 15 M mehr

- Damen-Hemden  
mit Stickerei . . . 75M
- Damen-Beinkleider  
m. Stickerei-Volant 65M
- Damen-Hemden  
m. Stickerei-Ansatz 98M  
mit Ein- u. Ansatz 128M
- Damen-Beinkleider  
dazu 78M 98M  
passend
- Damen-Nachthemd.  
dazu 155M 198M  
passend
- Untertaillen m. Stickerei-  
Ein- und Ansatz 55M
- Tailen-Röcke  
mit Stickerei 210M 325M

**Backfisch-  
Mantel**



Covercoat, flotte weite Form  
mit moder-  
nem Kragen **570M**

- Waschblusen  
(Verkauf am Wäschelager)
- Kimonoform  
Kreppstoff, farbig  
garniert . . . . . 72M
- Kimono od. Jumper  
farbig bedruckt  
Musselin . . . . . 108M
- Jumper Kreppstoff  
mit Häkelei . . . . . 96M
- Sportbluse weiß  
baumwoll. Stoff 159M
- Jabotbluse  
mit Filetspitze . 180M
- Hemdentuch, Ren-  
forcé, Louisianatuch  
für Leib- u. Bettwäsche
- Baumwoll. Flanelle
- Schürzenstoffe
- Gartendecken



Mädchen-Kleid  
aus wollenem Cheviot  
mit clafarbig. Paspel,  
Knöpfen und großer  
Schleife - Garnitur,  
Länge  
45 cm **250M**  
jede weite Gr. 25 M mehr

Schul-Anzug  
hochgeschlossen, m. Falten u.  
Gürtel, a. dunkel  
gemustert. Stoff  
für ca. 6 Jahre .  
jede weitere Größe 8 M mehr  
ab 9 Jahre . . . . 12 M mehr  
**165M**

Besondere Abtlg.  
**Pelz-  
Konser-  
vierung**

Wäsche-Stickereien  
gute Ausführung . . . Meter **2 80 4 50 6 50 8 50**

Versand-Abteilung, Berlin W 9  
Zur Auswahl wird nicht gesandt

Damen-Paletot Covercoat  
lose Form Reglenärmel 655M  
Blau. Cheviot-Kostüm Covercoat  
Schliüpf-  
form mit Tresse garniert  
Jacke mit halbein-  
dunem Putzer . . . . . 1095M  
1175M

### Theater u. Vergnügungen

- Volksbühne**  
7 1/2 Uhr:  
**Die Ratten**
- Neues Volksbühnen**  
Rödenlofer Straße 68  
7 1/2 Uhr:  
**Schüler Alolos**
- Staats-Theater**  
Opernhaus  
10 1/2 Uhr:  
Terrorfilm:  
**Banneles**  
Stimmfahrt  
7 Uhr:  
Saubertöte
- Compielhaus**  
Armand Carrel  
7 1/2 Uhr:
- Deutsches Theater**  
3 Uhr:  
Neu Schenke für Passere  
7 1/2 Uhr:  
Cyrano von Bergerac  
Kammerspiele  
7 1/2 Uhr:  
Frühlings Erwachen  
7 1/2 Uhr:  
**Der Meister**
- Großes Schauspielhaus**  
7 1/2 Uhr: Dantons Tod  
8 Uhr:
- Dantons Tod**
- Theater L. d.**  
Königsgräber Str.:  
110 Erdreel:  
7.30 Die wunderlichen  
Geschichten des  
Kapellmeist Kreisler
- Komödienhaus:**  
3 Uhr Fahrt ins Blaue  
Tgl. 7.30, 9.30  
**Gretchen**  
**Erika Glässner**  
**R. A. Roberts**
- Berliner Theater**  
7 1/2 Uhr:  
**Einer von  
unsere Leut'**  
**Clewing, Sabo**  
**Haskel, Klejfer**  
3 Uhr: Letzter Walzer
- ROTTER-BÜHNEN**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Trilanon-Theater  
**DER VULKAN**  
Kleines Theater  
Das kleine  
Schokoladenmädchen  
Residenz-Theater  
Eine Frau ohne Bedingung
- Theater**  
am Nollendorferplatz  
7 1/2 Uhr  
**Die Ehe im Kreise**
- Casino-Theater**  
7 1/2 Uhr  
Nur noch bis 13. April  
**Familie Gänsekeitel**

**Komödienhaus.**  
Täglich 7 3/4 Uhr:  
**Der stürmische Lachterfolg**  
**„Gretchen“**  
Grotzke in 3 Akten von Gustav Davis  
und Leopold Lipschitz  
mit **Erika Glässner**  
**Ralph Arthur Roberts**  
Ellenor Müller, Olga Engl, Berthold Reising,  
Frieda Lehnhorff, Ernst Behner, Rudolf  
Jünger, Karl Lizer, Hugo Bauer, Grete  
Lundt, Hedy Vierow  
Stimmen der Presse:  
Erika Glässner ist das  
Neueste, Frischste, Im-  
pertinenteste auf den  
Berliner Theatern. Ein  
so lustiges Zusammen-  
und Ineinanderspielen,  
wie das der Glässner  
mit Roberts, gibt augen-  
blicklich nicht in Berlin.  
B. Z. am Mittag.  
Erika Glässner war  
tolerant.  
Vossische Zeitung.  
Ein Zugstück erster  
Sorte. Herzlicher Be-  
fall rief Glässner und  
Roberts.  
Berliner Volkszeitung.  
Die Glässner tollt und  
sprüht.  
Neue Berliner Zeitung.  
Den Vogel schoss Ralph  
Arthur Roberts ab.  
Tägl. Rundschau.

**Achtung!** Noch sehr  
preiswert! **Achtung!**

**Oberhemden, Leinenwäsche,  
Sportwäsche,  
Einsetz- und Normalhemden  
Strumpf- u. Wollwaren, moderne Krawatten**

**Spez.: Dauerwäsche**

**J. Altberg** Neukölln, Bergstr. 155  
Fil.: Berlin, Oranienstr. 199

**CIRCUS  
BUSCH**  
Heute Sonntag!  
2 x Circus  
Busch  
3 und 7 1/2 Uhr  
Nachm. 1 Uhr mit  
Heilerherin  
Lui rätsel-  
stürbecker  
der Touristen

**Palast**  
Potsdamer Str. 19  
Edle Margaretenstrasse

**Film-Festspiele**  
unter Mitwirkung der  
Opernsängerin  
Charlotte Kay  
mit dem Großfilm der  
Svenska

**Nach Recht  
und Gesetz**  
Regie:  
Carl Th. Dreyer  
Verstärkt. Orchest.  
Konzertorgel  
Vorstellungen:  
Werk. 6 1/2 u. 8 1/2 Uhr  
Sg. 4 1/2 u. 6 1/2 u. 8 1/2 U.  
Vorverkauf an der  
Theaterkasse 12 2 U.

**Komische Oper**  
7 1/2 u. 10 u. 11 1/2 Uhr  
Die große Ausstellungs-  
Operetten-Revue  
**Der Herr der Welt**

**CHAUBURG**  
Königsgräber  
Straße 121.  
Der große  
Wunderfilm  
**Mectoub**  
und  
die 5 Jung esellen  
Wundererfilm  
1 5 Akten  
A. Herdorn das große  
Hilfsgesamt.

**Bühnenbau:**  
Der  
**Hochzeitswalzer**  
Operette in 1 Akt mit  
Fritz Udo,  
Gisela Harten  
Verdub Belter.  
Beginn  
der Vorstellungen  
6 und 8 1/2 Uhr.  
Sonntags Kassener-  
öffnung 3 1/2 Uhr.  
Anfang 4 Uhr.

**Musiker**  
für alle Gelegenheiten  
nebst die Organisation  
des Deutschen Musiker-  
Verbandes, Kaiser-Wil-  
helm-Str. 31, Reich. 988.

**Laufdecken** 95, 120,  
150 M.  
**Luftsch Anche** 35, 35,  
45 M.  
Versand nach ausw. gegen  
Zahlung, Berlin, Dönhofs-  
Str. 11-13, u. 14-6

**Extra  
billige  
Angebot für  
gediegene**

**Möbel**  
Schlaf-,  
Speise-, Herren-  
Zimmer, Küchen  
Zahlungs-  
erleichterung.

**Möbel-Frese**  
Weinbergweg 9  
(Eisenbahnplatz)

**Wichtige Neuerscheinungen**  
Des Verlages der **Kommunistischen Internationale**  
In Kürze erscheint:  
Die Taktik der Kommunistischen Internationale gegen die Offensive des Kapitals. (Bericht über die Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale. Moskau, vom 24. Februar bis 4. März 1922)  
Preis Mk. 30.— (Organisationsausgabe Mk. 15.—)

In rascher Folge erscheinen:  
**G. Sinowjew:** Die Kommunistische Internationale und die proletarische Einheitsfront (Rede, gehalten in der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale am 24. und 26. Februar 1922 in Moskau)  
Preis Mk. 7.— (Organisationsausgabe Mk. 3.—)  
**CLARA ZETTHIN:** Der Kampf der kommunistischen Parteien gegen Kriegsgewalt und Krieg (Bericht auf der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale am 2. März 1922 in Moskau)  
Preis Mk. 7.— (Organisationsausgabe Mk. 3.—)  
**L. TROTZKI:** Die Fragen der Arbeiterbewegung in Frankreich und die Kommunistische Internationale (Zwei Reden, gehalten auf der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale am 26. Februar und 2. März 1922 in Moskau)  
Preis Mk. 8.— (Organisationsausgabe Mk. 3.—)  
**KARL RADEK:** Genua, die Einheitsfront des Proletariats und die Kommunistische Internationale (Rede auf der Konferenz der Moskauer Organisation der Kommunistischen Partei Russlands)  
Preis Mk. 7 (Organisationsausgabe Mk. 3.—)

Bereits erschienen:  
**N. LENIN und G. SINOWJEW:** Gegen den Strom (Gesammelte Aufsätze aus den Jahren 1914-17)  
Preis gebd. Mk. 80.—, brosch. Mk. 60.—  
(Organisationsausgabe geb. M. 45.—, brosch. Mk. 30.—)  
**N. BUCHARIN:** Oekonomik der Transformationsperiode  
Preis geb. Mk. 60.—, brosch. Mk. 45.— (Organisationsausgabe geb. M. 30.—, brosch. M. 20.—)  
**M. PHILIPS PRICE:** Die russische Revolution (Erinnerungen aus den Jahren 1917-1919)  
Preis geb. Mk. 50.—, brosch. Mk. 44.— (Organisationsausgabe geb. Mk. 35.—, brosch. Mk. 18.—)  
**KARL RADEK:** Wege der russischen Revolution  
Preis Mk. 5.— (Organisationsausgabe Mk. 4,50)  
**L. TROTZKI:** Die Rote Armee der Sowjetrepublik auf der Wacht (Rede auf dem IX. Sowjetkongress in Moskau)  
Preis Mk. 10.— (Organisationsausgabe Mk. 5.—)  
**A. WARSKI:** Rosa Luxemburg's Stellung zu den taktischen Problemen der Revolution  
Preis Mk. 4.— (Organisationsausgabe Mk. 3.—)  
**E. VARGA:** Die Lage der Weltwirtschaft und der Gang der Wirtschaftspolitik in den letzten drei Jahren  
Preis Mk. 4.— (Organisationsausgabe Mk. 2,50)

Zu beziehen durch:  
**Verlag Carl Hoym Nachf., Louis Cahobley, Hamburg**  
sowie durch sämtliche Buchhandlungen und Organisationen der K. P. D.

### Wer rettet die Arbeiterpresse?

Die Folgen des Krieges, der das gesamte Wirtschaftsleben der Welt zerrüttet hat, wirken naturgemäß auch im Zeitungsgewerbe außerordentlich schädigend. Bei der Debatte im Reichstage, zu der eine Interpellation aller Parteien über die Not der Zeitungen Anlaß gab, hat der Reichstagspräsident Loh einige Zahlen genannt, die den ganzen erschreckenden Umfang der Schwierigkeiten, die im Zeitungsgewerbe überhaupt bestehen, aufzeigen. Die Entwicklung der Preise für das Material (Papier, Druckfarbe) läßt eine wirtschaftliche Führung selbst der bestfundierten Zeitungsvertriebe einfach nicht mehr zu. Wenn man beobachtet, wie in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise im Zeitungsgewerbe selbst die größten Unternehmungen schwer zu kämpfen haben, so kann man sich schon als Laie ein Bild von den ungeheuren Gefahren machen, die dem wirtschaftlich schwächsten Teil der Presse drohen: der Arbeiterpresse. Die Presse aller Arbeiterparteien wird hergestellt in Betrieben, die ausnahmslos unter den schwersten Opfern der beteiligten Arbeiterschaft mühsam in jahrzehntelanger Arbeit aufgebaut worden sind. Diese Unternehmungen haben in den allerletzten Fällen in der Zeit vor dem Kriege einen Fonds bilden können, aus dem in der jetzigen Not Zuschüsse geleistet werden, um die Unternehmungen zu halten. Der größte Teil der Arbeiterpresse ist lediglich auf die laufenden Einnahmen angewiesen, die aber bei ihr noch weniger als bei der bürgerlichen Presse in dem Maße erhöht werden konnten, in dem die Teuerung fortschreitet. Die Inserateinnahmen der Arbeiterpresse, besonders der kleineren Zeitungen, lassen sich mit denen der bürgerlichen Presse überhaupt nicht vergleichen und die Gestaltung der Abonnementspreise erfordert bei der wirtschaftlichen Notlage der Arbeiterleser selbst das größte Maß von Zurückhaltung. Aus diesen Gründen ist es nicht nur nötig, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Lage der Presse im allgemeinen hinzuwenden; es ist vielmehr besonders notwendig, die Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterschaft auf die katastrophalen Gefahren hinzuwenden, denen die gesamte Arbeiterpresse gegenübersteht und die in ihrem vollen Umfange meist noch gar nicht erkannt werden.

In diesem Augenblick ist es eine verdienstvolle Tat, daß unser Genosse Gustav Schröder-Elbing in den „Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse“ einen Artikel veröffentlicht, in dem er sehr ernstzunehmende Vorschläge macht, wie die Arbeiterpresse wenigstens zu einem Teile aus ihren besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten befreit werden kann. Wir wollen zur Kennzeichnung der Lage einige Sätze aus der Einleitung des genannten Artikels wiedergeben:

Ich bin Redakteur an einer ostpreussischen Zeitung der NSD. Im Laufe eines guten Jahres habe ich neben dem Eingehen einer Anzahl bürgerlicher Zeitungen hier in Ostpreußen das Eingehen folgender rechtssozialistischer Blätter erlebt: Elbinger Volkszeitung, Elbing, Echo-Marienburg, Volkswacht-Memel, Tilsiter Volksstimme-Tilsit, Volkswacht-Insterburg. Diese Liste ist nicht vollständig, denn auch im südöstlichen Ostpreußen gab es 1919 einige Blätter, die als sozialdemokratische Zeitungen erschienen, von denen heute nichts mehr zu hören ist. Sie sind also auch verschwunden. Als Parteimensch müßte ich mich eigentlich über das Aufhören der Konkurrenz freuen. Als Arbeiter und Sozialist, der für die Wiedervereinigung der gespaltenen Arbeiterbewegung eintritt, kann ich nicht anders, als das Eingehen der rechtssozialistischen Blätter zu bedauern, denn der Gewinn ist sozusagen reiflos der deutschnationalen Presse zugefallen.

Genosse Schröder wendet sich nun im einzelnen den wirtschaftlichen Möglichkeiten zu, die für die Arbeiterpresse bestehen, um in eine günstigere Lage zu kommen.

Er schlägt eine gründliche Reform des Korrespondenzwesens vor, das neu gestaltet werden könnte, um kleineren Zeitungen aller drei Parteien den gemeinsamen Bezug fertiger Matern zu ermöglichen. Insbesondere lassen sich auf diesem Wege für jede einzelne Zeitung Satzlosten sparen für den Unterhaltungsstoff, für Feuilleton und Roman. Das ist gewiß ein beachtenswerter Vorschlag; indes noch weitgehender und von größerer finanzieller Tragweite ist der Vorschlag des wirtschaftlichen Zusammengehens der gesamten Arbeiterpresse auf genossenschaftlicher Grundlage. Genosse Schröder schreibt:

Muß bei dieser zum großen Teile redaktionellen Frage jede Parteirichtung getrennt für sich handeln, so gibt es ein Gebiet, auf dem sie gemeinschaftlich vorgehen könnten. Das ist die Materialbeschaffung. Heute ist jede Zeitung beim Einkauf von Farbe, Blei und Schriftmaterial auf sich selbst angewiesen. Und gar bei dem Schmerzgefühl aller Redakteure und Geschäftsführer, dem teuren, ach so teuren, Papier, wird die Rolle, die die Arbeiterzeitung spielt, erst recht die des Aschenputtels. Wie wir politisch auch zueinander stehen, meine ich doch, es müßte möglich sein, eine Einkaufsgenossenschaft für Druckmaterialien zu gründen, aus der sämtliche Arbeiterdruckereien ihren Bedarf gemeinsam beziehen könnten. Eine solche Einkaufsgenossenschaft wird die Position der Arbeiterpresse wesentlich stärken. Darüber hinaus wäre eine Papierfabrik entweder zu kaufen oder zu bauen und wenigstens das Zeitungspapier in eigener Regie zu erzeugen. Die Rentabilität der Papiererzeugung steht nach den Dividenden dieser Industrieunternehmungen außer Zweifel. Und sollten 12 bis 15 Millionen organisierter Arbeiter nicht das Kapital aufbringen können? Nehmen wir an, es handle sich bei der Verwirklichung des Unternehmens um ein Kapital von 50 Millionen Mark zum Erwerb der Anlage und 40 Millionen Betriebsfonds. Dann kämen bei 12 Millionen gewerkschaftlich organisierter auf jeden 10 M. Das aufzubringen ist möglich, wenn alle Beteiligten wollen. Sind die Gewerkschaften nicht in hohem, ja höchstem Grade an der Erhaltung der Arbeiterpresse interessiert? Wer führt ihre Tätigkeit besser als die Arbeiterzeitungen? Wenn die nicht wären, wie würde ihre Arbeit ershwert, ja oft unmöglich sein! Für jede einzelne Partei ist das Projekt kühn. Wenn aber die Zentralvorstände der Parteien, wenn Gewerkschafts- und KZV-Bund einmütig vor die deutsche Arbeiterschaft hintreten und dem Proletariat sagen: „So geht es nicht weiter, die deutsche Pressefreiheit wird vom Großkapital erwürgt. Wir müssen einen neuen Weg beschreiten“. Wenn ein solcher einmaliger Beitrag obligatorisch für alle gewerkschaftlich oder politisch organisierten Arbeiter beschlossen würde, dann wird er auch gezahlt werden. 120 Millionen von heute sind nicht mehr als vor dem Kriege 5-6 Millionen Mark. Hätte wohl die Arbeiterschaft noch im Frühjahr 1914 davor zurückgeschreckt, diese Summe aufzubringen, wenn das notwendig gewesen wäre? Sind wir sieben Jahre später so entnervt, daß wir davor verzagen? Die politischen Gegensätze dürfen nicht das hindernde Moment sein, denn kommen die Deutschnationalen als Regiment, dann treffen sie uns alle miteinander, gleichgültig, ob Rechtssozialist, Kommunist oder Rurgewerkschaftler. Ungarn zeigt, was wir zu erwarten haben.

Meine Vorschläge mögen manchem utopisch klingen. Aber ungewöhnliche Situationen fordern ungewöhnliche Lösungen. Nehren wir zu dem Geist zurück, der unsere Alten, unsere Väter, Vorkämpfer, Kauer, Singer, beherrschte, und gedenken wir der Schwierigkeiten, die sie bestiegen mußten. Noch ist es Zeit, ins Geschick der Arbeiterpresse mit eigener Hand einzugreifen. Lassen wir die Dinge noch ein Jahr weiter treiben, dann ist die wertvollste Frucht eines halben Jahrhunderts deutscher Arbeiterbewegung, die Proletarierzeitung, verloren. Dann müßten wir von neuem beginnen und doch damit beginnen, was wir heute verschmähen: eine großzügige Organisation auf genossenschaftlicher Grundlage.

Zu den Vorschlägen des Genossen Schröder wird natürlich in vielen Orten und von den einzelnen Parteien eine ganz verschiedene Haltung eingenommen werden. Man wird auch die finanzielle Tragweite und die technische Durchführbarkeit seiner Vorschläge verschieden beurteilen; eines aber ist sicher: der Grundgedanke seiner Ausführungen verdient die ernsteste Beachtung der ganzen Arbeiterschaft. Die Not der Arbeiterpresse und die geistige Gefahr, die in der wachsenden Stillefertigung der Presse erwächst, ist so gewaltig, daß dem großen Gesichtspunkt, die Arbeiterpresse in ihrem Bestand zu sichern, alle kleineren politischen und lokalen Interessen untergeordnet werden müssen.

Die Lage und die Zukunft des deutschen Zeitungswesens wird nicht allein gekennzeichnet durch die Tatsache, daß z. B. in den letzten Wochen rund 170 Zeitungen und Zeitschriften ihr Erscheinen eingestellt haben, sondern noch mehr durch die wachsende Abhängigkeit der Presse vom Kapital. Die großen Industrie-Konzerne, die mit ihren Gewinnen nicht wissen wohin, können gar keine bessere Gelegenheit finden, ihre Ueberschüsse anzulegen, als den Kauf von Zeitungen. Je mehr Zeitungen die Unternehmer in ihren Besitz bekommen, um so größer wird der Kreis der arbeitenden Bevölkerung, der vollkommen dem geistigen Einfluß im kapitalistischen Sinne unterliegt und damit für den Bestand der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ganz ungefährlich wird.

In den letzten Monaten sind angesehene große Provinzzeitungen, die jahrzehntelang liberal und demokratisch redigiert worden sind, in den Besitz von industriellen übergegangen und haben damit völkparteiliche Färbung angenommen, sie sind zu ausgeprägten kapitalistischen Organen geworden. Die „Düsseldorfer Zeitung“ und die „Barmer Zeitung“ sind stinnisiert, die „Breslauer“ und die „Magdeburgerische Zeitung“ sind schon nach der Reichstagswahl 1920 abgeschwenkt, und um die demokratische „Hartungische Zeitung“ in Königsberg schweben Verkaufsverhandlungen. So unterliegt ein Organ nach dem anderen der wirtschaftlichen Macht des Unternehmertums und hilft den wachsenden geistigen Einfluß dieser Interessengruppen auf immer größere Teile der Bevölkerung auszudehnen.

Gegen diese unaufhaltsam fortschreitende Entwicklung, in deren Verlauf nach und nach die ganze öffentliche Meinung in Deutschland korrumpiert werden wird, gibt es nur noch ein wirksames Gegenmittel: das ist die sozialistische Presse. Im Interesse einer unbestochenen öffentlichen Meinung, im Interesse der Entgiftung des politischen Lebens, im Interesse der Kultur und des Fortschritts und in ihrem eigenen Klasseninteresse muß die Arbeiterschaft den Weg finden, der die Arbeiterpresse vor dem sicheren Untergange im Chaos der wirtschaftlichen Not rechtzeitig rettet.

### Die Ernteaussichten in Rußland

Die wirtschaftsamtliche „Ekonomscheskaja Sibirien“ schätzt die mit Winterkorn besetzte Fläche Sowjetrußlands (ohne die Ukraine und Sibirien) auf 13 575 000 Desjajtinen (1 Desjajtine = 1,00 Hektar), von denen etwa 2 057 000 Desjajtinen, also etwa 15%, bereits im Herbst zu Befruchtungen Anlaß boten; doch dürfte die Winterzeit im allgemeinen ohne weitere Schädigungen überwunden sein. Der Stand der Winterkornsaaten kann als befriedigend bezeichnet werden in den nördlichen, nordöstlichen, nordwestlichen und zentralen Gouvernements, im mittleren Schwarzsee-Gebiet sowie in den Gouvernements an der mittleren und unteren Wolga und im Nord-Kaukasus; schlecht ist der Stand im Don-Gebiet, im westlichen Rußland, im nördlichen Schwarzsee-Gebiet und an der oberen Wolga. Ueber die Ukraine liegen hier keine genaueren Angaben vor, doch dürften dort die Winterkornsaaten unter der herbstlichen Dürre stark gelitten haben. In Sibirien stehen die Winterkornsaaten durchweg gut.



# Waisrael

GEGR. 1815 \* BERLIN C \* KÖNIGSTR. \* SPANDAUERSTR.

<h4 style="text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">Damenkleidung</h4> <p>Kleid aus vorzügl. Wolstoff mit farbiger Stickerei 795.-</p> <p>Kleid aus reinwoll. Trikotstoff, m. Lacktresse garniert 1025.-</p> <p>Kleid aus vorzügl. Wolstoff m. schwarzer Tresse garniert 1350.-</p> <p>Paletot kurze Form aus Covertcoat 525.-</p> <p>Morgenrock vorzüglicher bunt bedruckter Krepp 390.-</p> <h4 style="text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">Kleiderstoffe</h4> <p>Popelin m. kunstseid. Streifen u. Effekten f. Blusen u. Kleider Mtr. 58.-</p> <p>Frühjahrsstoffe in engl. Geschmack für Reise- u. Sportkostüme 130 cm Mtr. 235.-</p> <p>Eolien Wolle m. Seide in neuen Frühjahrsfarben, 100 cm, Mtr. 285.-</p> <p>Bedr. Voile in sparten Mustern... Mtr. 85.-</p> <p>Voll-Voile weiß u. farbig 112cm breit Mtr. 135.-</p>	<h4 style="text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">Hauswäsche</h4> <p style="text-align: center; font-size: 0.8em;">Mengenabgabe vorbehalten.</p> <p>Stubenhandtuch Reineleinen Gerstenkorn 48x110 cm..... 39.75</p> <p>Tischtuch Reineleinen Hausmacher Jacquard 130x130 cm 225.-</p> <p>130x160cm 275.- 130x225cm 390.-</p> <p>Servietten 60x60 cm..... 49.75</p> <p>Kaffedecke Künstlermuster, auf grauem Kochelleinen 130x130cm 250.- 130x150cm 275.-</p> <p>Wischtücher Halbleinen weiß-rot kariert 55x55 cm.... 19.75</p> <p>Staubtuch gelb mit roter Kante 4.75</p> <p>Wachstuchdecke blau-weiß, Größe 60x90 cm... 29.75</p> <p>Wachstuch-Leitungsschoner blau-weiß ..... 7.75</p>	<h4 style="text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">Weißwaren</h4> <p>Moderner Jackenkragen aus Glasnull mit Spitze..... 13.90</p> <p>Faltenkragen aus besticktem Batist mit Spachtel-Einsatz... 28.-</p> <p>Faltenkragen aus Waschstoff mit eleganter Spitze..... 37.50</p> <p>Morgenhaube bestickt Mull mit Spitze und Bandschleife.. 16.50</p> <p>Unterziehpassé Waschtüll... 11.90</p>	<h4 style="text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">Decken</h4> <p>Starkes Gobelingewebe m. Fransen</p> <p>Tischdecke pers. Must. 925.-</p> <p>150x180 cm.....</p> <p>Tischdecke Verdure-Muster, 150x180 cm.. 960.-</p> <p>Diwandecke in persisch. Mustern 150x300 cm..... 1525.-</p> <p>Diwandecke in Verdure-Mustern 150x300 cm..... 1575.-</p>
<h4 style="text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">Regenschirme</h4> <p>Halbseide mit seidenerm Futteral, f. Damen u. Herren 228.-</p>		<h4 style="text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">Wirkwaren</h4> <p>Damen-Strümpfe Baumwolle, ohne Naht, schwarz oder leder 19.50</p> <p>Damen-Beinkleider Reinwolle, feingestrickt, schwarz, lila, grau, Mittelgr. 235.-</p> <p>Überjäckchen für Damen, Reinwolle, farbig, Gr. 44 u. 46 275.-</p> <p>Damen-Strickjacken Reinwolle, farbig ..... 575.-</p> <p>Herren-Garnitur Baumwolle, farbig gestreift, Jacke u. Beinkleid, Mittelgr. 295.-</p>	<h4 style="text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">Gardinen</h4> <p>Tüll-Garnitur gewebt 198.-</p> <p>Etamin-Garnitur mit Klöppel-Einsatz... 365.-</p> <p>mit gewebtem Fries ..510.-</p> <p>Erbstüll-Halbvorhang mit Bändchenarbeit... 135.-</p> <p>mit Crochet-Stickerei.. 350.-</p> <h4 style="text-align: center; border-bottom: 1px solid black;">Reise-Artikel</h4> <p>Rucksäcke aus forstgrünem imprägn. Jagdtuch mit Regenhaube für Kinder 45.-</p> <p>f. Erwachsene 83.50 115.-</p> <p>Plaidriemen Rindleder, 100 cm lang 31.75</p> <p>Kupeekoffer mit 8 Schutzrechen, Deckel m. Metallschloß 345.-</p> <p>eingef., 2 Zugschl. 60 cm</p> <p>Isolierflasche mit Aluminiumbech., 1/2 l fassend 58.-</p>

## Der amerikanische Kohlenstreik

Vor dem Ausbruch des amerikanischen Kohlenstreiks wird es von Interesse sein, die Vorgeschichte der Streikbewegung sowie die vitalen Fragen, welche die Lage der amerikanischen Kohlenarbeiter betreffen, zu schildern. Dies kann an der Hand einer sehr gründlichen Studie des Privatdozenten der Universität Oklahoma, Benjamin Stolberg, veröffentlicht in der „Newport Nation“ vom 22. März unter dem Titel „Die Tragödie der Kohle“ gesehen werden. Es handelt sich um die organisierten Bergarbeiter im Braunkohlenbergbau, an Zahl ungefähr 450 000. Während die Organisation in den Bergwerken von West-Virginia mit allen Mitteln der Gewalt verhindert wurde, sind die Bergarbeiter auf dem sogenannten „Central Competitive Field“, den Gebieten des westlichen Pennsylvaniens, Ohio, Indiana und Illinois in der internationalen Union der Bergarbeiter (Int. Union of Mine Workers) organisiert. Die Organisation entsprach hier gleichzeitig auch wichtigen Unternehmerinteressen. Die Bergwerke sind nämlich in ihrer Leistungsfähigkeit so verschieden, daß nur die gewerkschaftlichen Arbeitsvorschriften zur Ausgleiche der Verschiedenheiten ermöglichen konnten, daß die schlechten Gruben überhaupt noch arbeiten können. Ohne diese könnten 25-30 Prozent dieser Bergwerke überhaupt nicht, oder nur schwer in Betrieb bleiben.

Im amerikanischen Braunkohlenbergbau wird eine unerhörte Raubwirtschaft mit menschlichen Arbeitskräften getrieben. Die technische Ausrüstung der Bergwerke ist schlecht. 20-30 Prozent der Kohle wird nicht gefördert, da die Unternehmung, welche die beste technische Ausrüstung verwenden wollte, sich in der ausschließlich auf die Ausbeutung der Arbeiter eingesetzten Konkurrenz nicht behaupten könnte. Jährlich müssen den rückständigen Zustand der Bergwerke 3500 Bergleute mit ihrem Leben, 30 000 aber mit schweren körperlichen Verletzungen bezahlen. Außerdem ist die Beschäftigung der Arbeiter keineswegs eine gleichmäßig dauernde. Sie werden nur je nach den Konjunkturverhältnissen beschäftigt und während der letzten 30 Jahre durchschnittlich nicht mehr als 215 Tage im Jahr.

Die Hauptforderung der Bergarbeiter ist also: Sie wollen ihre Beschäftigung gesichert haben. Deswegen wünschen sie die Dreißigstunden-Woche (fünf Tage Arbeit pro sechs Stunden im Tag), um eine minimale Arbeitszeit zu sichern. Die Forderung wird vielfach mißverstanden, das Lösungswort ist nicht glücklicherweise gewählt und die irreführende öffentliche Meinung denkt, daß die Arbeiter aus Bequemlichkeit nur dreißig Wochenstunden zu arbeiten wünschen.

Bezüglich des Lohnes fordern die Arbeiter die Verrückung der gegenwärtigen Lage. Dies schließt schon eine schwere Entschädigung in sich. Die Studie Stolbergs enthält eine eingehende Schilderung der Lohnverhältnisse, wie sie sich seit 1912 entwickelt haben. Im Jahre 1912 waren es Hungerlöhne. Während des Weltkrieges erfolgten Erhöhungen von 36 Prozent, in dessen die Kosten der Lebenshaltung sich um 85 Prozent gesteigert hatten. Als das Lebensminimum für eine Familie 1918 bereits 1600 Dollars betrug, verdiente der Arbeiter jährlich nur 1000 Dollars. Beim Eintritt Amerikas in den Weltkrieg, als die Kohlenindustrie unter Staatsaufsicht gestellt wurde, sind Lohn-erhöhungen zweimal vorgenommen worden, die aber bei weitem nicht ausreichten. Die Arbeiterschaft wurde im November 1919 in den Streik gedrängt. Die brutale Niederwerfung des Streiks durch die Staatsgewalt, mit Präsident Wilson an der Spitze, bei Androhung militärischen Eingreifens, ist noch in Erinnerung. Ein Jahr nach dem Waffenstillstand konnten sich die Bergarbeiter nicht einmal zwei Drittel der Lebenshaltungskosten sichern. Nach dem Streik ist nach verzögerten Verhandlungen im März 1920 eine Vereinbarung zustande gekommen, deren Dauer Ende März 1922 abließ. Im Dezember 1919 war das jährliche Einkommen des amerikanischen Bergarbeiters immer noch nicht mehr als 1000 Dollars, während die Kosten der Lebenshaltung für eine durchschnittliche Bergarbeiterfamilie nach den Berechnungen des Professors an der Universität Columbia, C. G. Brown, 2243 Dollars betragen. Heute verdient er die Hälfte des zum anständigen Leben notwendigen Betrages. Falls ihm die 30 Arbeitsstunden je Woche zugesichert würden, könnte er bei der gegenwärtigen Lohnskala gegen 1400 Dollar je Jahr verdienen, immer noch tief unter den Kosten der Lebenshaltung. Die Bergarbeiter wollen jedoch unter dem Druck der Verhältnisse auch dies annehmen. Wie Stolberg formuliert: „Sie verlangen, daß ihre Armut in einer Weise gerechelt werde, daß ihr Heim wenigstens vom Fluch der Schulden, der Verwahrlosung und des Hungers befreit werde.“

Somit Vereinbarung vom Jahre 1920 sind die Unternehmer verpflichtet, vor Ablauf des Termins Verhandlungen über die neue Regelung vorzunehmen. Sie haben dies unter verschiedenen Vorwänden einwilligen verweigert. Innerhalb der Gewerkschaft der Bergarbeiter bestehen große Meinungsverschiedenheiten; es entstand eine heftige Opposition gegen die stark konservative Führung. Gegen den Vorsitzenden der Gewerkschaft, Lewis, wird von einer Gruppe, mit Farrington an der Spitze, heftig gekämpft. Die Unternehmer nützen natürlich diese Uneinigkeit zu ihrem Vorteil aus. Sie wollen gleichzeitig die zwischenstaatlichen Schlichtungsausschüsse beseitigen und statt dieser Bezirksausschüsse einsetzen, welche ihnen gefügiger sind.

Die Bergarbeiterorganisation hat inzwischen mit den Eisenbahnern Fühlung bekommen; die zuerst 1919 aufgestellte Forderung der Sozialisierung der Bergwerke und Eisenbahnen soll wieder aufgenommen und gemeinsam dafür gekämpft werden. Doch ist dies vorläufig Zukunftsmusik. Einstweilen muß der Streik losbrechen. Er wird nach Schätzung des „Manchester Guardian“ einen wöchentlichen Ausfall von vier Millionen Tonnen Kohle verursachen. Der normale Verbrauch an Braunkohle beträgt in den Vereinigten Staaten zwölf Millionen in der Woche, der gegenwärtige jedoch infolge der Krise und Produktions-einschränkung nur noch acht Millionen Tonnen. In den letzten Zeiten machte die Gewerkschaft der Bergarbeiter große und kostspielige Anstrengungen, um die Nichtorganisierten zum Beitritt in die Gewerkschaft zu veranlassen. Der Ausgang des im ungünstigsten Zeitpunkt ausbrechenden Streiks wird vielfach davon abhängen, inwieweit dies gelungen sein wird, wenn auch von Seiten dieser Neuorganisierten ein starker Widerstand kaum zu erwarten ist.

## Leipziger Manifest und Freiheit-Denkschrift

von Hans Bloch

II.)

Genosse Ledebour geht in seinem Schreiben an die Zentralkörperschaften auf die Frage ein, was nach einem Sturz des Kabinetts Birth kommen könnte. Er meint, daß nicht eine Rechtsregierung an seine Stelle zu treten brauchte, sondern daß eine rein sozialistische Regierung unter eventueller Anwendung einer Reichstagsauflösung errichtet werden müsse. Er geht auf den Einwand, der sich von selbst ergibt, daß die Rechtssozialisten eine solche Maßnahme nicht mitmachen würden, vorbeugend ein und glaubt ihn mit der Bemerkung abtun zu können, durch das Verlangen der Rechtssozialisten würde dann nur der Beweis geliefert, daß diese mit ihrer Kriegspolitik belastete Partei noch nicht wieder reif sei für die Eingliederung in die revolutionäre proletarische Gesamtbewegung. Das dürfte die USPD, aber nicht abhalten, immer wieder auf die Machtergreifung durch das Proletariat hinzuwirken.

Dieser letzte Satz ist in seiner allgemeinen Fassung gewiß richtig. Daß die USPD, alles tun muß, um dem Ziel der Machtergreifung durch das Proletariat näher zu kommen, ist eine Selbstverständlichkeit. Aber die Art, wie Ledebour sich die Arbeit dafür denkt, ist es, die unsern Widerspruch herausfordert. Hier ergibt sich der Unterschied der beiden Denkweisen, die einerseits von ihm und andererseits in der Freiheitdenkschrift vertreten werden. Ledebour geht einfach von der Aufstellung des prinzipiell richtigen Zieles aus und will darauf losmarschieren ohne Rücksicht auf das, was zunächst darauf folgt, in dem Vertrauen, daß schließlich diese Taktik zum besten der Arbeiterklasse ausschlagen müsse. Der Standpunkt der Freiheitdenkschrift aber ist der, daß wir auch die unmittelbaren Folgen einer solchen Taktik sehr ernsthaft zu überlegen haben. Wenn wir durch diese Methode, wie sie Ledebour empfiehlt, zunächst eine Rechtsregierung bekommen — bei zerrissener Arbeiterfront, weil die Rechtssozialisten uns für das Entstehen dieser Rechtsregierung veranwortlich machen würden —, so ist dem Proletariat wenig damit gedient, wenn wir konstatieren, daß wir eine rein sozialistische Regierung gewollt haben, daß dieses unser Wollen an dem Verlangen der Rechtssozialisten gescheitert sei und daß die Rechtssozialisten damit nur befundet haben, daß sie für die Einführung in die revolutionäre Gesamtbewegung noch nicht wieder reif sind. Es käme doch darauf an, eine Taktik zu finden, die sie dafür reif macht. Ledebour glaubt wahrscheinlich, daß dieses Verlangen der Rechtssozialisten dazu führen würde, daß die arbeitenden Massen der USPD. zuströmen. Das ist eine falsche Rechnung, denn die rechtssozialistische Führerschaft und Presse würde es leicht haben, ihre Anhänger gegen die USPD. aufzureizen und zur Ablehnung unserer Agitation zu bestimmen, indem sie ihnen immer wieder unsere Schuld an dem Sturz der Birth-Regierung vorhält. Man muß schon über die Weisheitsverfassung der Arbeitermassen, die in der rechtssozialistischen Partei organisiert sind, sehr wirklichkeitsfremde Vorstellungen haben, wenn man glaubt, daß diese Agitation der rechtssozialistischen Führerschaft keinen Erfolg haben würde. Eine Politik, die mit den Wirklichkeiten rechnet, muß sich klar darüber sein, daß dieser Weg zum Unheil der USPD. und der Arbeiterbewegung ausschlagen würde. Eine rein sozialistische Regierung ist nur möglich, wenn die Rechtssozialisten von vornherein für dieses Ziel zu kämpfen entschlossen sind, wenn sie die Taktfragen dazu drängen, aus eigenem Entschluß die Verbindung mit den bürgerlichen Koalitionspartnern als schädlich zu empfinden und zu lösen. Das ist bitter für uns, da der Eintritt dieser Erkenntnis bei den Rechtssozialisten sehr ungewiß ist. Aber wir müssen uns mit den Tatsachen abfinden und mit ihnen zu rechnen wissen. Deswegen müssen wir unbedingt dem Satz der Freiheitdenkschrift zustimmen, worin ausgeführt wird, es sei notwendig,

„unsre Taktik so beweglich zu gestalten, daß wir nicht gezwungen sind, eine rechtssozialistische Koalitionregierung unter Umständen zu führen, unter denen eine reaktionäre Regierung die alleinige Nutznieherin wäre.“

Die Vorbedingung für eine rein sozialistische Regierung im Reich ist eben eine Einigung der Arbeiterparteien oder wenigstens eine sehr starke Annäherung, so daß sie zum mindesten über ein Aktionsprogramm, das nicht bloß die allernächstliegenden Probleme umfaßt, einig sind. Die Einigungsfrage ist in der Tat, wie wir das schon oft hier hervorgehoben haben, die beherrschende Frage für die deutsche Arbeiterbewegung, von deren Lösung fast alles andre abhängt. Wir stimmen der Freiheitdenkschrift vollkommen zu, wenn sie sagt:

„Der oberste Gesichtspunkt unserer Politik in der gegenwärtigen Situation ist aber der, daß die deutsche Arbeiterbewegung erst dann wieder gesunden kann, wenn es zur Einigung gekommen ist. Die Uneinigkeit der politischen Parteien wirkt auf die Gewerkschaftsbewegung zurück, schwächt ihre Kraft und mindert den Einfluß der Organisation auf die Arbeiterschaft, Gruppeninteressen überwiegen die allgemeinen und führen vielfach zu einer starken Abschwächung des sozialen Bewußtseins. Der hemmungslose Kampf der Arbeiterparteien gegeneinander steigert die Verwirrung in weiten Arbeiterkreisen, vermindert die Anziehungskraft aller Arbeiterparteien auf die noch nicht gewonnenen Schichten und rißt andre in den Sumpf der Indifferenz. Die Kraft der Gesamtbewegung wird gelähmt, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit aller Klassengenossen verringert und mit dem verminderten Klassenbewußtsein schwindet auch die Energie des Klassenkampfes. Deshalb hat unsere Politik das Ziel der Einigung unverrückbar vor Augen. Das legt aber naturgemäß der Polemik gewisse Schranken auf, die der Freiheit als mangelnde Begeisterung für unsre Partei ganz zu unrecht vorgeworfen wird.“

In dem Vorhergehenden haben wir schon einmal gesagt, daß unsre Taktik nicht darauf eingestellt sein darf, die mangelnde Reife der Rechtssozialisten der Arbeiterschaft, koste es für diese, was es wolle, zu beweisen, sondern daß wir eine Taktik suchen müssen, die die Rechtssozialisten für die Aktionen zur Machtergreifung des Proletariats reif macht. Das geschieht nicht durch blindwütiges Draufloschlagen, nicht durch parlamentarische und andre Aktionen, die die Arbeiterschaft der Gefahr einer Rechtsregierung aussetzen, sondern durch eine Haltung, die den Rechtssozialisten zeigt, daß für uns die Interessen der Gesamtarbeiterbewegung über unsern engeren Parteinteressen stehen. Das geschieht einerseits durch die Kritik der Früchte der rechtssozialistischen Politik, aber zugleich durch den Nachweis, daß wir an die Stelle dieser

Politik etwas Besseres zu setzen haben und nicht durch unüberlegtes Vorgehen eine Verschlechterung der Situation für die Arbeiterklasse herbeiführen werden. Das geschieht, indem wir ihnen zeigen, daß wir die Folgen unsrer Handlungen gründlich überlegen und uns nicht vom bloßen Agitationsbedürfnis zu Maßnahmen fortreißen lassen, die der Arbeiterklasse zum Schaden ausschlagen, um uns dann hinterher damit zu entschuldigen, daß wir die beste Absicht gehabt haben. Sehen die rechtssozialistischen Arbeiter, daß wir bei aller grundsätzlicher sozialistischer Haltung doch die Realitäten zu beachten wissen, daß wir an die Stelle der reformistischen und kompromißlerischen Politik ihrer Partei eine sozialistische Politik zu setzen wissen, die nicht unnötigerweise die Gefahr schwerer Verluste und Niederlagen riskiert, die nicht unnötigerweise um unwahrscheinlichen Erfolge willen die Wahrscheinlichkeit einer Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse ignoriert, dann schaffen wir die Vorbedingungen für die Annäherung und für die schließliche Einigung.

Ledebour spricht verächtlich von einer Einigungspolitik, die nichts weiter als zunächst eine Einigung mit den Rechtssozialisten anstrebt. Er will zu gleicher Zeit die Kommunisten einbezogen. Zu solchem Optimismus sind wir allerdings nicht fähig. Die Entwicklung geht freilich in unsrer revolutionären Zeit bisweilen überraschend schnell und die Kommunisten haben uns an die plötzlichen Umkehrungen gewöhnt. Aber wenn man nicht solch eine plötzliche völlige Umkehrung annehmen will — und vernünftigerweise darf man doch nur mit normaler Entwicklung rechnen —, so ist es durchaus ausgeschlossen, daß die Kommunisten — die deutsche kommunistische Partei wie die Dritte Internationale — jemals zu einer Einigung mit den andern proletarischen Parteien kommen können. Das einzige, was möglich ist, ist ein begrenztes Zusammenarbeiten mit ihnen in gewissen Einzelfragen, und auch das ist schon äußerst schwer. Mehr macht der tiefe Gegensatz der grundsätzlichen politischen Auffassung zwischen den Kommunisten und den andern proletarischen Parteien unmöglich.

Vielleicht wird eingewendet werden, daß uns auch große Gegenstände von den Rechtssozialisten noch trennen. Das bestreiten wir nicht, aber daß diese Gegenstände so groß sind, wie die zu den Kommunisten, das wird schon durch den Umstand widerlegt, daß mit den Rechtssozialisten in drei Mittelstaaten Mitteldeutschlands eine Regierungsabteilung möglich war und ein, wenn auch noch beschränktes, parlamentarische Zusammenarbeiten. Die Kommunisten dagegen weigern sich, in diese Regierungen einzutreten und sind auch für die Form der parlamentarischen Zusammenarbeit, die zwischen uns und den Rechtssozialisten schließlich gefunden wurde, nicht zu haben. Allerdings unterstützen sie die sozialistischen Regierungen dieser Länder. Aber sie tun es nur gezwungen und widerwillig — gezwungen durch ihre Furcht, bei der Arbeiterschaft den letzten Boden zu verlieren, wenn sie die Schuld am Sturz der sozialistischen Regierung auf sich nehmen. Daß sie höchst unzuverlässige Bundesgenossen sind, die der sozialistischen Regierung und den beiden andern sozialistischen Parteien in jedem Augenblick, der ihnen günstig erschiene, in den Rücken fallen würden, darüber ist sich jedermann klar, der ihre Politik nur einigermaßen verfolgt.

Eine Einigungspolitik, die sich ein bestimmtes reales Ziel setzt, muß sich daher darauf beschränken, die Annäherung zwischen USPD. und Rechtssozialisten zu erstreben und in Bezug auf die Kommunisten sich auf die Erreichung eines Zusammenwirkens in Einzelfragen zu begrenzen. Alles andre ist auf absehbare Zeit hinaus noch Utopie.

Im letzten Grunde handelt es sich bei diesem Konflikt, wie die Freiheitdenkschrift ganz richtig sagt, „um die Entscheidung, ob in der Partei der Standpunkt einer reinen Agitations- oder der einer ihrer Verantwortung für die gesamte Arbeiterbewegung stets bewußten Politik überwiegen soll.“ Ledebour erhebt in seiner Gegenchrift dagegen Einspruch, daß die Politik, die er befürwortet, als die der reinen Agitation bezeichnet wird. Aber gerade seine Stellung zu der Gefahr, daß durch den Sturz der Regierung Birth eine Rechtsregierung geschaffen werde, beweist, daß seine Politik vorwiegend bestimmt wird von dem Gesichtspunkt der Agitation. Das ging an in der Wilhelmshafen Zeit, als die Sozialdemokratie keinen direkten Einfluß auf die Regierung des Reiches hatte. Das ist aber nicht mehr zulässig in der deutschen Republik, in der die Parteien die Regierung bestimmen und wo jede Handlung einer Partei von Rückwirkung auf die Gestaltung der Regierung sein kann und in entscheidenden Situationen sein muß. Wir haben heute nicht mehr nur zu fragen, wie eine bestimmte parlamentarische Entscheidung unsrer Partei für sie im Lande wirkt, sondern auch danach, ob sie durch ihre Einwirkung auf die Regierung die Lage der Arbeiterklasse fördert oder schädigt. Wir haben nicht bloß den Proletariaten das Ziel der rein sozialistischen Regierung zu zeigen und dafür zu arbeiten, sondern wir haben auch danach zu fragen, ob wir durch eine Verfolgung dieses Zieles, die alle Wirkungen, die zunächst daraus entspringen, außer acht läßt, die Lage der Arbeiter vorerst verschlechtern und damit schließlich die Erreichung des Zieles selbst auch noch erheblich erschweren. Wir müssen uns daran gewöhnen, die Wirkung unsrer politischen Handlungen auf den Staat zu beachten, auf den wir jetzt unmittelbar in gewisser Weise einwirken müssen; wir müssen, da wir ein Teil der Regierungsgewalt geworden sind — ganz einerlei, ob unsre Vertreter in der Regierung sitzen oder nicht, einfach durch unsern Eintritt in das Parlament —, uns unsrer Verantwortung für die Gestaltung der staatlichen Einrichtungen durch unsre Handlungen bewußt sein. Denn diese staatlichen Einrichtungen müssen ja von der Arbeiterklasse getragen und ertragen werden und wirken unmittelbar auf sie ein.

Die Zentralkörperschaften haben gegen die Freiheitdenkschrift entschieden. Wir bedauern das, weil auf diese Weise der Partei die Arbeit einiger ihrer fähigen Köpfe an hervorragender Stelle verloren gehen muß. Wir bedauern das um so mehr, weil wir überzeugt sind, daß sich der Standpunkt der Freiheitredaktion in absehbarer Zeit doch durchsetzen wird, denn die Logik der Tatsachen ist für sie. Und die Partei würde schweren Schaden leiden, wenn sie sich wider sie stemmen wollte.

Dr. med. empfohlen bei:

<b>Togal</b>	Gicht,	Grippe,
	Rheuma,	Hexenschuß,
	Ischias,	Nervenschmerzen.

Togal löst die Schmerzen und hebt die Paralyse aus. In allen Apoth. erh. Best. 0,4% Acid. acet. salic. 0,40% Chinin, 12,5% Lithium, ad 100 Amylum.

\*) Siehe auch Nr. 157.



# Herren-Artikel

- Weisse Sporikragen aus gutem Ripspikee ..... 14<sup>50</sup>
- Strickbinder sehr schöne Ausmusterung ..... 24<sup>50</sup>
- Schleifenbinder elegante, moderne Streifenmuster ..... 39<sup>75</sup>
- Selbstbinder breite Form, moderne Streifen ..... 48<sup>50</sup>
- Garnitur: farbiges Serviteur und Manschetten ..... 32<sup>50</sup>
- Nachthemden mit buntem Besatz und Tasche ..... 198<sup>50</sup>
- Hosenträger aus gutem Band, mit auswechselbaren Gummiteilen ... 24<sup>50</sup>
- Hosenträger aus starkem Gummiband mit Lederteilen ..... 39<sup>50</sup>
- Weisse Oberhemden mit Pikee-Faltenbrust, ungewaschen ..... 22<sup>50</sup>
- Oberhemden durchgehend Perkal mit passendem Kragen ... 29<sup>50</sup>
- Oberhemden einfarbig, mit Faltenbrust und 2 Kragen .... 32<sup>50</sup>
- Herren-Hüte breite Form, moderne Farben ..... 149<sup>50</sup>

Faltenkragen Onaba ist m. La. terstich 19<sup>50</sup> Lackgürtel mit reicher Metalverzierung 24<sup>50</sup>

## Gardinen

- Scheiben-Gardinen Meter 13<sup>75</sup>
- Tüll-Gardinen volle Breite Meter 27<sup>50</sup>
- Halbstores mit Volant ..... 175<sup>00</sup>
- Künstler-Gardinen engl. Tüll. 169<sup>50</sup>
- Madras-Garnitur 3 teilig . 198<sup>50</sup>
- Bettdecken engl. Tüll ..... 175<sup>00</sup>
- Bettdecken über 2 Betten .. 298<sup>00</sup>

Schlupfhosen für Damen mit Fußb. 69<sup>50</sup> Hemdhosen für Damen mit Überschlag 79<sup>50</sup>  
Damen-Jumper neue Formen u. Farben 198<sup>50</sup> 325<sup>00</sup> 398<sup>00</sup>

## Strumpfwaren

- Damen-Strümpfe lang, schwarz 15<sup>95</sup>
- Damen-Strümpfe lang, schwarz, Ferse und Spitze verstärkt ..... 24<sup>75</sup>
- Damen-Strümpfe lang, schwarz, Mako, mit Doppelsohle und Hochferse ..... 39<sup>75</sup>
- Damen-Strümpfe Flor, schwarz oder farbig, mit Doppels. u. Hochferse ..... 59<sup>50</sup>
- Herren-Socken grau meliert, Fuß o. Naht 16<sup>75</sup>

# Jandorf



**Kostüm**  
marine Cheviot, Jacke auf Seiden-Serge, elegant verarbeitet, mit reichem Tressenbesatz

Falten-Rock moderne römische Streifen 285<sup>00</sup>



Schulienform mit Band und Blumen-garnitur



Trotteur Dreispitz, glänzendes Geflecht m. Bandgarnitur 195<sup>00</sup>



Glocken-Form mit zweifarbiger Bandgarnitur 250<sup>00</sup>

Belle-Alliance-Str. St. Frankfurter Str. Brunnenstr. Kottbuser Damm Wilmersdorfer Str.

Brautleute wollen!

Elegante fugenlos

## Trauringe

nicht aus einem sogenannten Spezialgeschäft, welches unter anderem mit möglichen Gegenständen, wie Uhren und Goldwaren, feinst, oder gar altes Gold usw. aufkauft, sondern aus einem

Spezialgeschäft, welches ausschließlich nur Trauringe fabriziert und an Private liefert.

In Deutschland stehen wir als solches konkurrenzlos da und liefern eigene Erzeugnisse in echt Gold von

**120.- Mark**

anwärts bis zu den feinsten Ausführungen, in großer Auswahl, direkt vom Lager.

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Ausführliche Preisliste gegen Rückporto! Versand nach anwärts gegen Voreinsendung des Betrags!  
Trauringfabrik G. Albert Thal,  
C 19, Seydelstraße 5 (Spittelmarkt).

## „Hamster“-Wagen

Zusammenbar, sofort ab Fabrik für Mk 400,- lieferbar  
Berlin W. 9, Eichhornstraße 4, prt.

## Konkurrenzlose Preise!

Fahrerreifen, Fahrradschläuche, pr. Gummi.  
Alle Ersatzteile für Fahrräder am Lager  
Jean Weber, Elshoff Str. 89.

Dukaten-Gold 900 gest.  
14 Karat-Gold 885 gest.  
8 Karat-Gold 833 gest.

Stück von 70 Mk. an

## TRAURINGE

billiger  
Stets vorrätig am Lager  
Trauringfabrik Minoga  
BERLINO.  
Grüner Weg 69  
1. Filiale:  
Dresdener Str. 31

## Rum Weiß- u. Süßweine Cognac

noch sehr preiswert!

## J. F. Rauch

Engros: N 4, Bergstrasse 34, Norden 8214, 8826

Filialen:

Invalidenstrasse 164, Eckhaus Potsdamer Strasse 54, Hof  
Brunnenstrasse 174, Eckhaus Goniardstr. 4, Alexanderpl.  
Dorotheenstrasse 69, gegenüber Wintergarten. Friedrichstrasse 11  
Gr. Frankfurter Str. 112, neben Jandorf

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

Als Selbsthersteller liefern ich in Qualität und Preisen einzig dastehende

## Trauringe

1 Ring, Dukaten-Gold von 250.- an  
1 Ring, 58.- ostempoi, v. 200.- an  
1 Ring, 333 gestempelt, v. 100.- an  
Garantieschein für gesetzl. Goldinhalt.

Ausführlicher Katalog gratis!

## H. Wiese, Juwelier

Artilleriestraße 30 und Passauer Straße 12

5 Min. v. Bahnhof Friedrichstr. 1 Min. v. Wittenb.-Pl., Nähe Zoo.  
Telephon: Norden 1630. — Handelsgerichtl. eingetr. Firma.

PROLETARISCHE JUGEND  
SAMPLUNG  
SOZIALISTISCHER JUGENDSCHRIFTEN

Heft 7

## Die Werkstatt des Geistes

Von Gerhart Seger  
Preis 5.- Mark

Sie beziehen durch die  
Buchhandlung „Freiheit“  
Berlin G 2, Breite Straße 8-9  
Wird in den  
Filialen der „Freiheit“ erdient

## KREDIT

unter günstigsten Zahlungsbedingungen

Anzüge  
Paletots  
Schlüpfer

Kummi - Mäntel  
gestr. Bekleidungs-  
Einsegnungs-Anzüge  
Knaben-  
Anzüge

## Kredit

Kein aufgenommen:

Teppiche  
Gardinen  
Decken

in grosser Auswahl  
Komp.ette  
Wohnungs-  
Einrichtungen

## KREDIT

unter günstigsten Zahlungsbedingungen

Kostüme  
Kleider  
Mäntel

Hussen - Hüeke  
Covetuael - Paletots  
Einsegnungs-Kleider  
Mädchen-  
Kleider

## B. FEDER

Brunnenstraße 1  
Frankfurter Allee 350  
Kottbuser Damm 103  
Charlitz, Scharrenstr. 5

Das Geld  
für jede Veranlassung. Beste  
Anlaufstelle für Bank-  
scheine, Briefmarken, Gold-  
gegenstände, Teppiche,  
Bücher usw. 19-111,  
Friedrichstr. 41, 111,  
siehe Register.

## Rauchtabak

Pfund 18 Mark  
Königsberg 20 St.  
Schwarz, Kranten 22 St.  
Bartolika 23 St.  
Wald-Tabak 27 St.  
Rund  
Dr. Hamb. -  
Gr. 1.

Die Wahrheit über die Berliner Strassenkämpfe während der Revolution.

Preis 3.- M.

Buchhandlung „Freiheit“

C 2, Breite Str. 8-9

## Magenleiden!

Bei Magen- und Magenleiden, Erbrechen, Sodbrennen, Väter ist - wir bewährt -

Preis 25.-

Preis 25.-

In Apotheken! Prospekt gratis!

A. Dorfschäfer & Co. Nachf. G. m. b. H. Bad Godesberg.

Hauptniederlage für Berlin:

Elefant-Apotheke SW, Leinziger Str. 74

# Gardinen

Ungewöhnlich billige Angebote

Nur noch bis Sonnabend, den 15. April, (Heiligabend) verkaufen wir zu Reklamepreisen:

- Künstlergardinen mod. Muster (drot-weiß) 168, 225, 300-575 M.
- Gardinen vom Stück, alle Breiten, Mir. 26, 32, 40, 55-80 "
- Stores, alle Arten, mit Filet u. Klöppeleinsatz. 163, 225-500 "
- Bettdecken, ein- und zweibettig. 150, 225, 275-650 "
- Madrasgardinen, bunt bestickt, in allen Preislagen
- Zuggardinen, abgepaßt u. vom Stück, bedeut. unter jetzigem Preis

## Gardinen-Spezial-Geschäft Herzig

Hauptgeschäft: SO., Dresdenerstr. 124, I. am Kottbuser Tor  
Zweiggeschäft: N., Kopenhagenerstr. 1, I. am Hochbahnhof Nordring

## „M.U.Z.“-Fahrradbau

F. Makowski & Zerbst  
Berlin N 58, Danziger Str. 75 A. Telel.: Humboldt 1454



Erstklassige Fahrräder  
sowie Fahrrad-Rahmen eig. Fabrikation  
Lieferung auch an Private zu billigsten Preisen  
Reparaturen jeder Art werden fachmännisch u. prompt ausgeführt  
Großes Lager in sämtl. Fahrrad-Artikeln  
Speziell: Fahrradberellungen

### Freie Arztwahl und Familienversicherung Von Carl Schulz.

Der Spruch des Schiedsgerichts über die Festsetzung des Mitgliederpauschals, welches die Berliner Krankenkassen für das erste Vierteljahr 1922 an die Ärzte zu bezahlen haben, ist am 31. März gefällt und hat nach dem zwischen Arztbund und Verband der Krankenkassen bestehenden Vertrag Rechtsverbindlichkeit.

Durch den Schiedsspruch wird den Berliner Krankenkassen aufgegeben, den Ärzten für jedes versicherte Mitglied pro Jahr 100 M. zu zahlen. Dabei bleibt ganz unberücksichtigt, ob das Mitglied den Arzt in Anspruch nimmt oder nicht. Die einmalige Konstitution eines Arztes kostet der Krankenkasse genau so viel, als wenn der Patient mehrmals zum Arzt geht oder der Arzt den Kranken in seiner Wohnung besucht muß, was allerdings immer seltener wird, da in der Regel die bettlägerigen Kranken in irgendein Krankenhaus geschickt werden.

Die Pauschalzahlungen der Krankenkassen betragen nun im Quartal April—Juni 1921 7,50 M., sie steigerten sich für Juli—August—September auf 10 M. und beiragen für Oktober—November—Dezember 1921 12,50 M. Die Steigerung der letzten Zahlungen gegenüber dem letzten Quartal betrug also genau 100 Proz., gegenüber der 10 M. Zahlung 150 Proz. und gemessen an der Zahlung von 7,50 M. eine solche von 233 Proz. Da diese Steigerungen von den Versicherten anzunehmen sind, müßte man die Lohnsteigerungen derselben seit dem 2. Quartal 1921 in Parallele stellen, braucht dies aber nicht, da positiv feststeht, daß in dieser Zeit kein Arbeitnehmer seinen Lohn um diese Prozentzahlen gesteigert bekommen hat.

Welche Wirkung der Schiedsspruch auf die Zahlungspflicht der Krankenkassen ausüben wird, will ich an einigen anderen Ziffern erläutern. Bei dem 7,50 M. betragenden Pauschal hatten die Berliner Krankenkassen den Ärzten, entsprechend einer Mitgliederzahl von 1 1/2 Millionen, für das Quartal 11 1/2 Millionen Mark, bei 10 M. 15 Millionen Mark, bei 12,50 M. Pauschal 18 1/2 Millionen Mark und bei 25 M. im Quartal 37 1/2 Millionen Mark zu zahlen. In Jahresziffern ausgedrückt sind es: 45, 60, 75 und zuletzt 150 Millionen Mark. Rechnet man diese Summe auf die zurzeit für die versicherten Kostenmitglieder tätigen 2500 Ärzte um, so ergibt sich für jeden dieser Ärzte, ganz gleichgültig, ob er zehn Patienten oder 200 im Monat zu beraten oder zu behandeln hätte, ein Durchschnittshonorar von 60 000 M. Es werden nun diese Ärzte bei weitem nicht gebraucht, sie sind aber einmal in Berlin vorhanden und erheben den Anspruch, daß die Krankenkassen die nötigen Gelder anbringen, um ihnen eine Existenz zu ermöglichen.

Es muß hier noch die Frage aufgeworfen werden, ob wenigstens, entsprechend den Zahlungen der Krankenkassen, die Behandlung der Kranken eine einigermaßen gute ist. Trotz aller vor Einführung der unbegrenzten freien Arztwahl gegebener Versprechungen und Darlegungen muß heute ohne jede Beschränkung zugegeben werden, daß sich in dieser Beziehung nichts gebessert hat; man kann vielmehr behaupten, daß Sozium, die Kassenmitglieder als Patienten zweiter Klasse zu behandeln, ist nicht nur schief, seine Basis hat sich unter der unbegrenzten freien Arztwahl nur noch verbreitert.

Ohne Zweifel drängen die Tatsachen dazu, daß die Honorarforderungen der Ärzte unter dem System der freien Arztwahl die Krankenkassen zu immer größeren geldlichen Anwendungen veranlassen müssen, dies führt wiederum dazu, daß den Versicherten die Sozialversicherung als zu teuer erscheint und sie, genau wie die zur Beitragsleistung verpflichteten Arbeitnehmer aus Befürwortern zu Gegnern derselben werden. Soll irgendein Arzt der Sozialversicherung von den Versicherten als legendreisch angeprochen werden, dann muß vor allem dafür gesorgt werden, daß die Beitragsleistung dafür sich in extralichen Grenzen bewegt, sollen andernfalls die Beteiligten nicht jedes Interesse daran verlieren.

Welche Wirkung würde nun der Schiedsspruch und die Honorarfestsetzung auf die Einführung der Familienversicherung ausüben? Zunächst will ich feststellen, daß die Beauftragten der Ärzte es mit einer seltsamen Virtuosität verstanden haben, durch immer wieder neu aufgestellte Bedingungen, Rückfragen und Verhandlungen die Einführung der freien Behandlung der Familienangehörigen der Versicherten hinauszuzögern. Ich bin ehrlich und gebe meiner Meinung dahin Ausdruck, daß die Krankenkassen diese Hinauszögerung als ein Übel betrachten können, denn bei der Höhe des von dem Schiedsgericht festgesetzten Pauschals ist die Einführung der Familienversicherung unter dem System der unbegrenzten freien Arztwahl zur Unmöglichkeit geworden. Berechnet man in durchaus möglicher Weise die Anzahl der auf die Versicherten ent-

fallenden Haushaltungen, für welche die Summe von 175 Mark pro Jahr zu zahlen wäre, auf 800 000, so kann als feststehend angenommen werden, daß die Familienversicherung nach den heutigen Pauschalzahlen weitere 140 Millionen Mark kosten würde, die Gesamtausgaben der Krankenkassen an die Berliner Ärzteschaft also die Netto-Summe von 290 Millionen Mark ausmachen würden. Erhöht man hierbei die Zahl der eventuell zur Kassexpraxis bereiten Ärzte von 2500 auf 3500 so ergäbe sich noch für jeden Arzt ein durchschnittliches Jahreshonorar von 100 000 Mark.

Der die Schädlichkeit der unbegrenzten freien Arztwahl für die Fortführung der Krankenversicherung erkannt hat, der sollte auch konsequent genug sein, das auszusprechen, was nötig ist! Die im Uelermoh in Berlin vorhandenen Ärzte machen unsere Versicherten nicht nur nicht gesund, sie zehren am Mark des Volkes und verzehren das Vermögen der Krankenkassen. Es kann unter keinen Umständen allen

## U. S. P. D. Massen heraus! 300 Prozent Zuschlag Lohnungswucher - Mietssteuer und Reichsmietengesetz

Ueber dieses Thema spricht am  
Dienstag, den 11. April, abends 7 Uhr,  
in Altem's Festsaal, Hasenheide  
und am  
Donnerstag, den 13. April, abends 7 Uhr  
in der  
Brauerei Friedrichshain (Am Friedrichshain)  
Reichstagsabgeordneter Bernhard Ruhn.  
Freie Aussprache.  
Zur Deckung der Unkosten Eintritt 1 Mark.  
Bezirksverband Berlin-Brandenburg  
U. S. P. D.

denen, die einmal aus Reizung oder in der Voransicht von Ruhm und Geldverdien Medizin studiert haben, das Recht eingeräumt werden, auf Kosten der Krankenkassen eine Existenz zu erhalten. Die in Berlin vorhandenen Versicherten mit samt ihren Angehörigen könnten von 1000 Ärzten sehr gut und ausreichend versorgt werden. Würden die Krankenkassen Berlins eine solche Anzahl von Ärzten fest anstellen und ihnen ein Jahresfixum von 150 000 Mark garantieren, dann kostete ihnen dies Geschäft insgesamt nur 150 Millionen Mark; sie würden also die für die Einführung der Familienversicherung benötigten 140 Millionen Mark ganz ersparen.

Wenn man sich darüber klar ist, daß die Familienversicherung, als eine zwingende Notwendigkeit, eingeführt werden muß, daß andererseits die benötigten Gelder selbst bei einer Herabsetzung des Grundlohnes auf 80 Mark und einer weiteren Steigerung der Versicherungsbeiträge auf 10 v. Hundert, also auf 8 Mark täglich, in der höchsten Stufe nicht einkommen werden, da auch die Verleuerung der Arzneien, Heilmittel, Verbandstoffe, Krankenhauskosten enorme Gelder verschlingen, dann bleibt den Kassen nur die Ermägung übrig, ob die ärztliche Vorkaruna der Familienangehörigen am zweckmäßigsten durch Errichtung von Verarmungsstellen in Eigenrenten der Kassen oder durch eine geldliche Zuschusszahlung zu den von den Patienten selbst zu zahlenden Privat-Arzt-honoraren gegeben ist. Der letztere Weg ist zwar bereits von einigen Kassen beschritten worden, ob er den Versicherten und ihren Angehörigen Befriedigung bringt, wird von einer großen Zahl von Fachleuten bezweifelt. Fest steht, daß der Gedanke der Errichtung von Verarmungsstellen ein guter ist und daß er marschiert. Unter dem System der freien Arztwahl müssen die ernstlich erkrankten Kassenmitglieder ins Krankenhaus geschickt werden, schlimmer kann es für sie bei Inanspruchnahme von Beratungsstellen doch auch nicht werden.

### Städtischer Organisationsauschuss

Die Schaffung einer Einheitsgemeinde wie die neue Stadtgemeinde Berlin, von solchem Ausmaß und enthaltend aus Bestandteilen von verschiedener geschichtlicher Entwicklung, hier vorwiegend zu Wohngemeinden und dort vorwiegend zu Betriebsgemeinden, stellt der Organisation eine besonders verantwortliche Aufgabe. Die zentral gerichteten Kräfte richtig zentral zu sammeln und verfügbar zu halten, die örtlichen Betriebe selbständig und doch im gleichen Rhythmus mit dem Gange der zentralen Wirtschaft der Stadtentwicklung zu halten ist das Ziel, dem die Organisation zustreben muß, eine Organisation, deren Sinn nie Selbstzweck, sondern immer nur der ist, die Spitze der Entwicklung freizuhalten und erforderlichenfalls zu verbreitern.

Vor allem galt es, von vornherein die Vorteile, die starken Vorteile tragfähigkeit zu verwenden, welche mit der Bildung der neuen Stadtgemeinde gegeben waren und gewisse Nachteile, welche auch im besten Material beschlossen sind, bei dessen Verwendung sich so bemüht zu bleiben, daß es sobald als möglich durch besseres Material ersetzt werden kann.

Die Einstellung der neuen Organisation auf die allgemeinen gemeindlichen Zukunftsprobleme auf das innere Wesen einer neuen Einheitsgemeinde, für die in der bisherigen Städtegeschichte kein Vorbild ist, und auf den verfassungsmäßig am öffentlichen Recht gewordenen gesetzgeberischen Willen war die Aufgabe des vom Oberbürgermeister eingeleiteten Organisationsauschusses, der seitdem in regelmäßigen wöchentlichen Sitzungen am Werke gewesen ist.

Die Ergebnisse dieser Beratungen schalteten sich zu einer Reihe von Sachungsentwürfen, welche die zentralen Aufgaben der neuen Deputationen und die örtlichen Aufgaben der Bezirksämter abgrenzen sollen und von Richtlinien, welche die zentrale und örtliche Geschäftsführung bestimmen. Diese Entwürfe waren gemäß § 27 des Gesetzes über die Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin der Erörterung durch die Bezirksbürgermeister zuzuführen, um dann durch Beschluß des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung festgesetzt zu werden. Abber sind festgesetzt die Satzungen und Richtlinien der Deputationen für Güter und Forsten, Ernährungsweisen, Wohlfahrt, Jugendwohlfahrt, Gesundheitswesen, Arbeit und Gewerbe, Hoch- und Tiefbau, Verkehrsweisen, Finanz und Steuer, Sparkasse, Anschaffung und Bekleidung, Kunst und Bildung, städtische Genossenschaft und Feuerlöschwesen.

Der Magistrat hat auch schon jetzt Vorkehrungen getroffen, daß alle Erfahrungen und Wahrnehmungen, die bei der Auswirkung der neuen Bestimmungen gemacht werden, nach Ablauf einer bestimmten Frist der Prüfung und Berücksichtigung zugeführt werden. Die Satzungen der Bezirksdeputation, der Tarifdeputation für Siedlungs- und Wohnungsverwesen, und der Deputation für Schulwesen sind noch in der Bearbeitung begriffen.

Wollte generalisiert sind das Sparkassenwesen, Anschaffung und Bekleidung, Güter und Forsten, die Bearbeitung der Bauanträge, das Siedlungsweisen, Straßen- und Schnellbahnen, Hasen- und Schiffbauanlagen, das Berufsschulwesen und Finanz und Steuern, während die Ernährung im allgemeinen bis auf einige örtliche Vorbehalte, die Wohlfahrt und Jugendwohlfahrt weit dezentralisiert sind. Zentralisiert sind ferner die Verwaltungen der Armenanstalten, Hospitäler, Heimstätten und das Rettungswesen. Die Tiefbau- und Hochbauverwaltung sind im allgemeinen dezentralisiert. Dezentralisiert ist auch die Grundeigentumsverwaltung.

Die Einzelwirkungen des Gesetzes betreffend die Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin werden selbstverständlich auch für die Bewahrung der neuen Satzungen und Richtlinien maßgebend sein und daher einer besonderen sorgfältigen Beobachtung unterzogen werden müssen, um so mehr, als die Gesetzgebung mit dem Gesetz sich demnach hoffentlich nicht überstürzt — wiederum beschleunigt wird. Bis dahin wird mit den Satzungen und Richtlinien, bei denen ja schon gewisse Erfahrungen mit der Leistungskraft des neuen Stadtgebildes gemacht sind, auszukommen sein.

Weitere Verkehrsveränderungen kommen bei der Berliner Straßenbahn am 10. April zur Einführung. Auf der Linie 67, Pichtenberg, Victoria-Platz—Wilmerdors, Wilhelmshagen, wird werktags an Stelle des jetzigen 20-Minutenbetriebes ein 15-Minutenverkehr und auf der Linie 83, Köpenick—Behrenkrage, werktags an Stelle des jetzigen 20-Minutenverkehrs ein 15-Minutenbetrieb von 1 Uhr mittags bis 7 Uhr abends, zu den übrigen Zeiten ein 20-Minutenverkehr, eingerichtet. Auf der Linie 6, Neukölln, Ringbahnhof—Halensee, Ringbahnhof, wird an Stelle des jetzigen 20-Minutenbetriebes wieder ein 15-Minutenbetrieb von etwa 8 Uhr vormittags bis gegen 8 Uhr abends (Sonn- tags von 1 Uhr mittags bis Betriebschluß) eingeführt.

**Haben Sie schon neue Schuhe zu Osteren?**

**Stiller**

Turnschuhe  
Tennisschuhe  
Seglerschuhe  
besonders preiswert

<b>Damen - Spangenschuh</b> prima weils Leinen, neue mod. Form, mit eleg. hohen Absatz. Ansonst. preiswert <b>145<sup>00</sup></b>
<b>Damen - Schnürschuh</b> In weils Leinen, elegante runde Form, Derbyschnitt, sehr <b>155<sup>00</sup></b> modern. Extra billig
<b>Damen - Schnürstiefel</b> In Bindbox, Derbyschnitt od. Ring- schnitt, breite mod. Form, halbl. Absatz. Extra billig <b>290<sup>00</sup></b>
<b>Damen - Spangenschuh</b> In echt Chev. eleg. neue runde Form, mit Pompadour-Absatz. <b>295<sup>00</sup></b> Besonders preiswert
<b>Damen - Halbschuh</b> braun Boxkalf-Pompa, kurze mod. Form, kleine Ledersohle, eleganter Absatz, prima Qualität <b>390<sup>00</sup></b> Nur solange Vorrat
<b>Damen - Halbschuh</b> braun echt Chev., m. Laebe, Ringel u. 2 Knöpfen, extra leicht, <b>475<sup>00</sup></b> elegante Verarbeitung
<b>Herren - Schnürstiefel</b> In Bindbox, mit Absatz und Derby- schnitt, eleg. mod. Form. <b>390<sup>00</sup></b> Aussergewöhnlich billig
<b>Herren - Schnürschuh</b> braun echt Boxkalf, moderne breite Form, Origin. Goochyear <b>590<sup>00</sup></b> Welt. Bek. preiswert

## Mein Wunsch

Nichts liegt mir ferner als der Wunsch, aus der Staatskrippe zu fattern! Aber leidenschaftlich gern möchte ich wenigstens ein Jahr lang ein mit allen Vollmachten ausgestatteter Reichs- oder Staats-Sparminister sein.

Nicht etwa so einer mit einem Palast voll in Klubesseln eingeweihter Geheimräte oder vom oben Dienst angeleiteter Regierungsräte, Gott soll mich davor bewahren, das Leben ist auch so schon schwer genug. Aber absolute Macht möchte ich haben, unabhängig sein von den „Erwägungen“ der Kollegen aus den anderen Fakultäten, und 1000 unpolitische Feldwebel der alten Schule mühten mit mir durch dick und dünn gehen.

Meine erste Arbeit wäre das Lodeisen von etwa tausend in ihren Arm- und Klubsesseln festgeordneten Geheimräten, die zurzeit im Staatsgetriebe so wirken wie Algen an der Schiffsschraube. Der Ertrag wäre 100 Millionen pro Jahr direkter und 700 Millionen indirekter Nutzen.

Dann kämen die fetten Pensionen heran. Ich würde nämlich als Sparminister nicht begreifen können, warum der altersversicherte Arbeiter und Angestellte nach einem Leben voll Knochenarbeit anders pensioniert sein soll wie ein von Erwägungen und Stirnrunzeln fest gewordener hochwürdiger Rat nachts Zubehör.

Durch Verkauf der Luxusautos, worin zu Laßen des Staates und der Kommunen dieser oder jener Oberbunze sich dreimal täglich vom Lederlosa seiner Wohnung nach dem Klubesseln seines Dienstzimmers schleifen läßt, würde ich Milliarden verdienen!

Dort, wo in den Bilanzen der Aktiengesellschaften G. m. b. H. Handelsgesellschaften und Kaufleuten die Gebäude, Maschinen und das Inventar mit einer Mark zu Buch steht, würde ich mit dieser Mark diese Werte enteignen und sie den Werken zum neugeschätzten Wert verkaufen. Milliardenverdienst!

Und zur Friedensmarkzahl, die ja von jedem Landwirt als heiliger Wert seines Besitzes hoch und heilig gehalten wird, würde ich den gesamten Grundbesitz über 100 Morgen enteignen und dann so verpachten, wie man die Güter der Gemeinde Berlin verpachtet. Und legaler Bürger und Bürgerin mühten auf diesen Domänen ein Arbeitsdienstjahr leisten, wie es früher der Soldat drei Jahre lang tun mußte. Für Verbeugung und einen Lohnzuschuß! Der Domänenpächter aber hat das volle Arbeiterlohn dem Staat zu entrichten. Zwanzig Milliarden Jahresertrag, Beseitigung der Arbeitsnot, des Lebensmittelmangels und des Lebensmittelmangels wäre der Dank dieser Operation.

Weiß wer etwas gegen diesen Vorschlag einzuwenden? Was denn? Warum soll Geheimrats Pieschen nicht ein Jahr lang Kühe melken, Hühner füttern oder Kartoffeln buddeln? Warum soll der Schlammmerzhof vom Aurfürstendamm nicht ein Jahr lang Mist fahren, Schweine füttern oder Schafe hüten, wenn er doch schon unter seines gleichen sein muß? O ich wüßte so viele Angriffspunkte für meine Spathebel, wenn ich nur die Macht hätte, sie anzusehen und herunterzudrücken, bis der Ertrag gehoben ist. Aber ich habe keine Protektoren, weder im Reichstag noch im katholischen Klerus und so müssen dann wohl die vor meinen Augen blinkenden Erträge ungehoben liegen bleiben.

Wenn aber einmal ein Freund dieser Zeilen Ministerpräsident werden sollte, dann bitte ich, mich nicht zu vergessen, ich möchte zu gern Sparminister sein! W. Sch.

## Der Kartoffelwucher wird nicht bekämpft

Nachdem die Öffentlichkeit in den letzten Tagen durch amtliche Stellen Informationen erhielt, wonach der Kartoffelwucher energisch bekämpft werden sollte, glauben natüerliche Gemüter annehmen zu können, daß nunmehr die Bekämpfung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu Breien, die zwar noch immer übermäßig hoch, aber doch weit geringer als die zur Zeit gezahlten sind, gesichert wäre. Wir hatten von vornherein schon recht wenig Vertrauen zu den so großspurig angekündigten Maßnahmen. Unsere Erwartung, daß an dem bisherigen Zustande nichts geändert wird, hat sich schneller erfüllt, als man erwarten dürfte. Die schon wenig zweckmäßigen Maßnahmen, die geplant waren, sind, wie sehr mitgeteilt wird, auch gar nicht so ernst gemeint gewesen. Man ist nämlich bestrebt, die wegen ihres gefährdeten Profits etwas aufgeregten gewordenen Wucherer zu beruhigen. Sie erfahren nämlich jetzt, daß es sich nicht um Höchstpreise, sondern nur um Angemessenheitspreise handelt, die veröffentlicht worden sind. Auch diese haben für die aus der Provinz Brandenburg gelieferten Kartoffeln, die aus anderen Gebieten einlieferen haben ganz andere Preise als. Also nun ist Polen wieder offen, dem weiteren Wucher sind keine Schranken gesetzt. Mag das ganze Volk hungern, wenn nur der Profit gedeiht.

Brandenburgische Kartoffeln gibt es von jetzt ab natürlich nicht mehr. Ueberhaupt sind bei der vorjährigen guten Ernte nur „Sattkartoffeln“ gewachsen, folglich können Preise nach Belieben genommen werden, ohne daß eingeschritten wird.

## Gebäckhöchstpreise und Gebäckgewichte

Der Magistrat hat die Verordnung über Gebäckhöchstpreise und Gebäckgewichte dahin abgeändert, daß das Großbrot nur im Gewicht von 2000 Gramm und Kleingebäck nur im Gewicht von 50 Gramm hergestellt werden darf. Der Kleinverkaufspreis für das Großbrot im Gewicht von 2000 Gramm beträgt 15,20 M., der für Kleingebäck im Gewicht von 50 Gramm 0,50 M. Auf den Abschnitt B der Brotkarte dürfen 500 Gramm Gebäck abgegeben und entnommen werden.

Nachdem sich in letzter Zeit ergeben hat, daß der Preis für ausländisches Mehl zum Teil billiger ist als der für einheimisches, ist die Einfuhr von Weizen- und Roggenmehl aus dem Auslande als weiteres zugelassen worden. Für diese Einfuhr bedarf es einer besonderen Einfuhrbewilligung nicht mehr. Die Zollbehörden werden dementsprechend angewiesen werden, das Mehl hereinzulassen. Es steht zu hoffen, daß diese Maßnahme dazu dient, die Versorgungslage für die Bevölkerung zu erleichtern und auf die Preise günstig einzuwirken.

**Brot- und Mehlbezug.** In dieser Woche darf Brot und Mehl nur auf die Brotkarte abgegeben und entnommen werden, deren Abschnitte das Stichwort „Gendarmenmarkt“ tragen. Neben der üblichen Rezepturportion werden auf Abschnitt A der Brotkarte mit dem Stichwort „Gendarmenmarkt“ 200 Gramm amerikanisches Weizenmehl zum Preise von 1,45 Mark (7,25 Mark je Kilogramm) abgegeben. Die Ausgabe erfolgt in den Bezirken 1-6 (Mit-Berlin) ohne Voranmeldung vom 12. bis einschließlich 25. April 1923 a) in den durch blaue Aushängeschilder kenntlich gemachten Verkaufsstellen, b) in den Verkaufsstellen der Meierei E. Bolle,

# Berliner Museums-Spaziergänge

## Ausstellung für Arbeiter-Wohlfahrt

In der kleinen und stillen Frauenhoferstraße in Charlottenburg ist seit Jahr und Tag eine Ausstellung untergebracht, von der nicht laut genug erzählt werden kann. Mit doch diese ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt dem Beruf gewidmet, der der wichtigste auf der Welt ist, dem Arbeiter, ohne dessen Kraft und Geschicklichkeit alle Räder stillstehen müßten. Die Ausstellung erzählt von den tausend Gefahren, die den Arbeiter und die Arbeiterin in allen Betrieben umlauern, und sie schildert, geschickt und anschaulich, welche Maßnahmen zu seinem Schutz ergriffen worden sind. Freilich, hält man Gefahren und Schutzvorrichtungen einander gegenüber, wägt man sie ab, so ist die Bagdiale, in die man den Schuh des Arbeiters gelegt hat, noch immer viel kleiner und leichter, als die Schale mit den Gefahren.

Die Ausstellung in der Frauenhofer Straße 12 war während des Krieges geschlossen, und auch ein paar Jahre nach dem Krieg öffneten sich ihre Pforten dem Publikum nicht, weil hier die Prüfungsstelle für die Professen, die künftlichen Glieder, untergebracht war. Seit kurzem ist sie wieder geöffnet mit Ausnahme der Montage. Der Eintritt ist kostenlos. Sehr erkenntlich ist es, daß die Ausstellung namentlich auch von den Schülern in Veranlassung der Lehrer besucht wird. Im verfloßenen Monat wurden 3879 Besucher gezählt.

Gleich beim Eintritt, bei Besichtigung des Tuberkulose-Museums, bekommt man ein wahrhaft erschütterndes Bild von der Tuberkulose, der Berufskrankheit der Arbeiter. Man sieht an Wachmodellen wie schnell Lungen, Hauttuberkulose, sich ausbreitet, und Photographien zeigen die fürchterlichen Verwundungen des menschlichen Körpers durch diese Krankheit. Tabellen belehren den Besucher über die Sterblichkeitsziffer nach dem Alter und in den verschiedenen Jahren, und man erkennt, wie im Herbst im Winter des „alorreichen“ Krieges die Sterblichkeitsziffer sich wieder bedeutend erhöht hat, nachdem vor dem Kriege eine Abnahme erzielt worden war. Eine kurze Uebersicht über Mittel und Wege zur Heilung der Tuberkulose schließt sich an.

Im Nachbarraum ist die Ausstellung des Reichsversicherungsamtes über Unfälle aller Art, für Berufskunden und die arbeitgeberischen Maßnahmen, die flüchtig genant sind. Beigegeben hat man Tafeln und Tabellen, die eine gute und zuverlässige Statistik der Unfälle bieten. Leider hat der Krieg auch diesem verdienstvollen Werk Einhalt geboten, und seit 1914 liegen neue statistische Erhebungen über Unfälle nicht vor.

Von hier kommt man in den großen Saal mit langer und breiter Galerie. Was man hier erblickt, ist alles so genau, exakt und naturgetreu, daß man in einer großen Fabrik zu weilen wähnt. Die verschiedensten Maschinenenteile mit den angebrachten Schutzvorrichtungen sind hier aufgestellt und übersichtlich nach den einzelnen Betrieben gruppiert.

o) in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft und des Beamtenwirtschaftsvereins für deren Mitglieder). Nachmeldungen werden bei Schlussverteilung nicht mehr berücksichtigt. Zuteilungen auf Lebensmittelfarte finden nicht mehr statt; die noch offenen Abschnitte dieser Karte werden für ungültig erklärt.

## Ein Prozeß um eine Blumenhalle

Zur Erleichterung des Verkehrs auf dem Potsdamer Platz soll bekanntlich der alte Kirchhof vor dem Potsdamer Hauptbahnhof verschwinden und es soll ein Schmuckplatz mit Verkaufskolonnen entstehen, um finanzielle Vorteile zu erzielen. Dieser Umwälzung soll auch die seit 20 Jahren bestehende Blumenhalle zum Opfer fallen, die als Ueberbau auf dem Gelände des Eisenbahnstus stand. Hierüber hat sich zwischen der Pächterin, Frau Peters, und dem Stiskus ein interessanter Zivilprozeß entsponnen, welcher prinzipielle Fragen des Mietrechts aufrollte. In dem Vertrage zwischen der Eisenbahn und der Pächterin war eine Kündigung vorgesehen; von dieser hat die Verwaltung Gebrauch gemacht. Dagegen rief die Pächterin das Mietseinspruchsamt an, welches sich aber auf einen ablehnenden Standpunkt stellte mit der auch für andere Verkaufshallenbesitzer interessanten Entscheidung: Gegenstand des Mietvertrages sei ein Vagerplatz, die Mieterkündigung und daher § 2 der Bekanntmachung des Magistrats vom 12. Mai 1921 treffe nicht zu, weil hier nur von Mieträumen, also von Innenräumen die Rede sei. Es sei also im vorliegenden Falle die Zustimmung des Mietseinspruchsamtes zur Kündigung nicht erforderlich. Auf die Räumungklage des Eisenbahnstus verurteilte das Amtsgericht Berlin-Mitte die Pächterin zur Aufgabe der Blumenhalle. Das Landgericht I bestätigte diese Entscheidung. Beide Instanzen haben den Begriff „Mieträume“ in § 6 der Mietseinspruchsverordnung dahin ausgelegt, daß darunter Räume zu verstehen seien, die als menschliche Wohnungen dienen. Das sei vorliegend nicht der Fall. Da Frau Peters, eine alte Berliner Bürgerin, blind und gelähmt ist, so wird ihr durch Räumung der Halle ihre Existenz genommen, ebenso ihrem Sohne und Schwieger-sohne, welcher letzterer schwer Kriegsbeschädigt ist. Mit Rücksicht hierauf ist jetzt durch Rechtsanwalt Vahn eine Eingabe an die Eisenbahndirektion gerichtet worden, in der unter Darlegung der Not der Familie ein anderweitiger Platz zur Errichtung einer Blumenhalle verlangt wird.

## In der Notwehr erschossen

### Knochenbrechers Ende bleibt ungelähmt.

Ein Strafverfahren, welches schon mehrfach die Öffentlichkeit beschäftigt hatte, hat jetzt durch Einstellung seine Erledigung gefunden. — Wie seinerzeit mitgeteilt, war es im April v. J. auf einem von vielen genannten „Klub Roland“ veranlaßten Ball in den Germania-Sälen zu einer blutigen Tragedie gekommen. Der als Boxer, Ringkämpfer und aus anderen Gründen selbst von der Polizei gefürchtete Artill Emil Döring, der den bezichtigenden Namen „Der Knochenbrecher“ trug, vergnügte sich damit, Menschen kopfüber die Rutschbahn herunterzuwerfen. Plötzlich knallte ein Schuß und „Knochenbrecher“ sank zu Tode getroffen, um. Die Mitglieder des „Athleten-Klub Döten“, dem D. anahörte, setzten auf Erreichung des Täters eine Belohnung von 100.000 Mark aus. Als Täter wurde schließlich der Wälmirt Fritz Meier verhaftet. In dem Verfahren gegen M. hatten sowohl der Untersuchungsrichter wie auch Rechtsanwalt Dr. Puppe als Verteidiger des M. außerordentliche Schwierigkeiten, da die Zeugen, welche zugunsten des Angeklagten hätten aussagen können, sich aus Furcht vor der Rache der Freunde des Getöteten

Man erblickt, um nur ein paar zu nennen, Schutzvorrichtungen am Wasserstandszeiger, Modelle von Schutzgeräten gegen Absturzgefahr, Sicherheitsvorrichtungen bei Bantem, beim Tiefbau und auf Schiffen.

In einer Ecke des Saales ist die Sonderausstellung der A. G. O. Wenn sie auch zum Teil Selbstbeispielung der Herren Rathenau, Vater und Sohn, ist, und probig genug predigt, was wir alles für unsere Arbeiter tun durch Stiftungen, Schenkungen und allerlei Einrichtungen, bietet sie doch manch bezeichnendes und Interessantes. So wird der Gewerbetreibende eindringlich das Wort geredet, werden alle möglichen unhygienischen Unarten, wie Ausstauben eines Tisches aus dem Fenster, Belegen der Briefmarken mit der Zunge, Abstauben der Stiesel mit dem Taschentuch, das man nachher benutzt, geacchielt. Praktische Arbeiteranzüge, Schutzkappen für Arbeiterinnen, Modelle eines hygienischen und unhygienischen Zimmers reihen sich an.

Unter den außerordentlich mannigfaltigen Ausstellungsgegenständen auf der Galerie nehmen ebenfalls die Schutzvorrichtungen aller Art einen großen Raum ein. Erwähnt seien besonders das Modell einer Bühne mit Rauchklappen, Schutzvorrichtungen im Kohlenbunker und beim gesundheitsgefährlichen Bieblöten, sowie Hinweise auf die Gefährlichkeit des Staubes, die Notwendigkeit und Nützlichkeit seiner Bekämpfung. Auch von der gesundheitsschädlichen Wirkung des übermäßigen Alkoholaussuffes wird ein ernstes und eindringliches Wort gesprochen. Wenn allerdings hier die Parole lautet: „See halt Alkohol!“, so muß man sagen, daß das heute nicht mehr zeitgemäß ist, weil Tee viel zu teuer ist. Ferner sieht man auf der Galerie Modelle von Arbeitergenossenschaften und Arbeiterkindererholungsheimen. Die Genossenschaft hat ein vorzügliches Tongrubenmodell mit vollem Betrieb ausgestellt, und die Reichspostverwaltung zeigt, welche Schutzvorrichtungen sie für ihre Kabelleger, Telegraphen- und Telefonarbeiter getroffen hat. Das Markanteste auf der Galerie aber, ich möchte sagen, das Praktischste, ist die Ausstellung der Steinbruchberufsgenossenschaft. Hier sieht man ein Stück Steinbruch in großen Dimensionen, Arbeiter in Lebensgröße beim Werk mit allen Schutzvorrichtungen beim Sprengen der Steinmassen durch Dynamit, daneben Schuppen, in denen sachgemäß Pulver und Dynamit gelagert werden. Man glaubt, sieht man vor allen diesen Dingen, tatsächlich in einem Steinbruch mit Bergwerksbetrieb zu befinden.

Die Arbeiter aber können stolz sein auf diese Ausstellung. Ist sie doch ihrer Stärke und der kräftigen Initiative berufener, sozialistischer Arbeitervertreter entsprungen. Die Herren Fabrikbesitzer hätten sich von selbst niemals zu Schutzvorrichtungen verstanden. Die kosten ja Geld, und was ihnen all ihnen das lumpige Leben eines Arbeiters!

verborgen hielten oder nicht zur Vernehmung erschienen. Der Verteidiger verfolgte die Sache jedoch weiter nach der Richtung hin, daß hier tatsächlich ein Akt der Notwehr vorliege, und stellte dem Untersuchungsrichter Zeugen, welche endlich den Mord hatten, auszusagen. Auf den nunmehr von Rechtsanwalt Dr. Puppe gestellten Antrag, dem die Staatsanwaltschaft zustimmte, ist seit dem Verfahren gegen M. auf Kosten der Staatskasse eine e k e l l worden, ebenso wurde M. sofort aus der Haft entlassen.

**Der „Ahn“ der Palettdiebe.** Ein ungewöhnlich fleißiger und erfolgreicher Palettdieb, der besonders in Berlin die Gastwirtschaften aller Art unsicher machte, wurde jetzt von der Kriminalpolizei in Leipzig hinter Schloß und Riegel gebracht. Es ist ein 36 Jahre alter aus Schönebeck a. d. Elbe gebürtiger Koch August Ernst, der schon früher mit dem Strafrichter zu tun hatte. Nach seiner letzten Entlassung aus dem Gefängnis lebte Ernst seit einem Jahr ausschließlich vom Palettdiebstahl. Das Hauptfeld seiner Tätigkeit war Berlin, wenn er auch zwischendurch vorübergehend in anderen Städten auftrat. So war er jetzt nach Leipzig gefahren. Hier hatte er es auch bereits auf Leipzig Diebstahle gebracht, als er endlich auf frischer Tat ertrapp und festgenommen wurde. Der Verhaftete räumt ein, in Berlin mindestens 30 Ueberzieher und Pelze erbeutet zu haben. Es sind aber eher, wie er meint, 100 oder auch noch mehr. Der gewandte Spezialist behauptete die Lokale stets ohne Ueberzieher und wählte immer einen geeigneten Augenblick aus, um sich einen fremden auszusuchen und damit zu verschwinden. Trotz seiner Verhaftung nahmen aber die Diebstahle dieser Art noch immer nicht ab. Auch in den letzten Tagen wieder wurden aus Lokalen, Wohnquartieren und Balkons für mindestens eine halbe Million Mark gestohlen.

**Jugendwohlfahrt.** Der nächste Vortrag des Jugendamts des Bezirksamts Wedding über Mütter-, Säuglings- und Kleinkinderpflege für Jugendhelfer und Helfertinnen und alle, die Interesse für die Jugendwohlfahrt haben, findet am Dienstag, den 11. d. M., abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Bezirksamts, Schönheitsstr. 1, statt.

**Personalausweise für das besetzte rheinische Gebiet und nach Ost- und Westpreußen.** Es wird darauf hingewiesen, daß zur Ausstellung der unentgeltlichen Personalausweise nach den oben genannten Gebieten dasjenige Polizeirevier zuständig ist, in dessen Bezirk der Antragsteller bei Stellung des Antrages wohnt, und zwar ohne Rücksicht auf die Dauer des Aufenthalts in diesem Revier. Minderjährige Personen benötigen zur Reise innerhalb des Deutschen Reiches, also auch nach den besetzten Gebieten, nicht der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters.

**Ein Parteijubiläum.** Gen. Karl Bohnenstengel, Neuföln, Treptower Str. 98, blickt am 10. April auf eine 30jährige Mitgliedschaft in der politischen Organisation zurück. Jahrelang war der Jubilar als Bez.-Führer oder Jahlabendleiter tätig und auch an der Landtagitation hat er tatkräftig mitgewirkt. Wir hoffen, daß Gen. Bohnenstengel noch recht lange unter Mitkämpfer sein wird, und daß die Jungen sich an solcher Betätigung ein Beispiel nehmen.

**Berichtigung.** Der Herausgeber des Zeitungsdienstes „Großberliner Nachrichten“, Herr Bruno Guetlich, ersucht uns um die Freistellung, daß unsere Annahme, der in der kürzerlichen Presse abgedruckte Artikel „Der Stadtrat rückt“ sei durch seine Korrespondenz verbreitet worden, unzutreffend ist. Herr Guetlich betont in seiner Zuschrift an uns, daß er es grundsätzlich ablehnt, den politischen Kampf mit derartigen Nachrichten und Geschichten zu führen, wie sie in erwähnten falschen Notizen verbreitet worden sind. Wir haben dieser Erklärung noch hinzuzufügen, daß die „trübe Quelle“ tatsächlich eine andere Korrespondenz gewesen ist. Bezeichnend für die bürgerliche Presse aber ist das alterliche Aufgreifen solcher Lügen. Unsere Verwechslung ist darauf zurückzuführen, daß die oben genannte Korrespondenz durch die Art der Abfassung seiner Notizen uns zu der Annahme veranlaßte, daß die Meldung dieser Korrespondenz entstammte.

### Gewerkschaftliches

#### Zum Lohnkampf der Fleischergefelln

Witzanteilen ist, daß die Arbeitgeber-Organisationen bisher den gefällten Schiedspruch nicht angenommen haben. Die Organisation der Arbeitnehmer ist an die einzelnen Fleischermeister herantreten und hat den Schiedspruch zur Anerkennung vorgelegt. In den nächsten Tagen wird die Liste derjenigen Fleischermeister veröffentlicht, die den Schiedspruch unterschrieben haben. Die organisierten Fleischergefelln und Verkäuferinnen erwarten von der Arbeiterschaft, daß den nicht in der Liste vorhandenen Fleischermeistern die denselben zukommende Beachtung zuteil wird.

Besonders zu empfehlen wäre für heute schon der Fleischermeister J. Peter, Admiralstraße 18c. Entbietet sich doch dieser Herr nicht, dem Verbandsangestellten, der zum Zwecke der Anerkennung des Schiedspruches persönlich vor sprach, den Vorwurf zu machen, daß derselbe nur von Gesellenroschen lebe und lieber arbeiten gehen solle. So und ähnlich schämen die Herren Fleischermeister die Vertreter der Arbeiterschaft ein. Und das mag ein Mensch aussprechen, der inmitten eines Arbeiterviertels sein Geschäft betreibt und selbst vom Arbeiterroschen seit Jahren lebt.

Arbeiter, Hausfrauen, merkt es Euch, tragt dem Menschen keinen Pfennig mehr ins Haus. Meidet das Geschäft dieses Herrn.

#### Zur Beamtenlaufbahn

Eine längere Zuschrift des Angestelltenrates des Magistrats Berlin, Bezirksamt 17, enthält Mitteilungen über die Art, wie der Magistrat die nicht ständige Angestellten zu Beamten machen will. Aus dem Schriftsatz ist zu ersehen, daß die mittelalterliche Soldaten- und Konzeptsophszeit noch nicht überwunden ist. Das sogenannte Einjährigerecht gilt noch immer, außerdem wird verlangt von den Hilfskräften, die befördert werden wollen, daß sie erst eineinhalb Jahre Dienst leisten und von „guter Bewährung“ sein müssen. Gefordert wurden außerdem Prüfungen, von denen eine drei Stunden währt. Die Angestelltenschaft hat es abgelehnt, diese vorinkünftlichen Bedingungen und Bestimmungen, die ihr gestellt werden, zu akzeptieren. Außer diesen Bestimmungen spielt noch eine sehr partielle Siebung seitens der Vorgesetzten statt, zu der weder ein Betriebsrat noch ein Funktionär hinzugezogen wird. Angesichts einer solchen Siebung kann man sich vorstellen, was bei einer solchen Prüfung und endgültigen Anstellung herauskommt. Gehören doch zu den Nichtbewerbern viele Angestellte, die die erforderlichen Prüfungsarbeiten ohne weiteres zu leisten in der Lage sind und die den sogenannten Berechtigungschein besitzen. Sie lehnen aber ihre Bewerbung ab, weil sie wissen, daß die „gute Bewährung und Gefinnung“ das alle in ausschlaggebende bei diesem Verfahren ist.

Gegen dieses ganze Beförderungssystem wird Protest er-

hoben und an die Stadt- und Bezirksverordneten das Ersuchen gerichtet, gegen einen solchen einseitig gezielten Beamtennachwuchs sich zu wenden und ihn zu unterbinden.

Ganz unmotiviert enthält diese Zuschrift auch einen Angriff gegen den Zentralverband der Angestellten, der angeblich etwas wichtigeres zu tun hat, als sich um das Wohl seiner Mitglieder zu kümmern.

Wir wissen nicht, woher der Angestelltenrat die Berechtigung zu diesem Ausfall nimmt. Wir möchten aber bemerken, daß der Wert dieser Kritik durch diesen Angriff auf den ZV. herabgemindert wird. Denn es kann leicht der Ansicht erweckt werden, als handele es sich hier mehr um die Wahrnehmung eng begrenzter Gruppeninteressen, denn um Ausprägung prinzipieller Fragen. Das ist wohl nicht die Absicht gewesen. Oder soll dies eine übliche „moderne“ Verbenngung von der — Phrase sein?

#### Weibliche Berufswahl

In Nr. 145 beschäftigten wir uns hier im allgemeinen mit der Frage, welcher Beruf erlernt werden soll. Unsere damaligen Ausführungen galten beiden Geschlechtern. Wir erhielten aber zu dieser Frage eine Zuschrift, die sich speziell mit der weiblichen Berufswahl auseinandersetzt und besonders darauf hinweist, daß viele Proletariermädchen, weil sie frühzeitig verdienen müssen, den Beruf der Hausangestellten ergreifen. Hier kann nun die Beobachtung gemacht werden, daß diese Mädchen der schlimmsten Ausbeutung preisgegeben sind.

Unsere Einsenderin, eine Vermittlerin, schreibt nun aus Erfahrung, „daß es viele Hausfrauen gibt, die immer eine Jugendliche „zum Anlernen“ verlangen. Nicht etwa in dem Bestreben, daß die Hausangestellte wirklich etwas lernt, sondern, um einerseits eine willige Arbeitskraft zu haben, welche noch keine bestimmten Forderungen stellt, andererseits, um am Gehalt zu sparen. Unbegreiflicherweise gehen noch die meisten Arbeiter-Mütter zu privaten Stellenvermittlern, anstatt den Städt. Arbeitsnachweis zu benutzen. Nur hier allein ist die Gewähr geboten, daß die Abmachungen, die bei der Vermittlung schriftlich niedergelegt, auch in n e g e h a l t e n werden. Außerdem werden die Haushaltungen, in denen Jugendliche 14 bis 16 Jahren untergebracht sind, von den Vermittlerinnen recheckiert, man hat immerhin eine kleine Gewähr, ob der Haushalt für eine Jugendliche paßt oder nicht.“

Können wir uns diesem Hinweis nur anschließen, so auch der Aufforderung an alle Eltern, ihre Mädchen der Organisation, in diesem Falle dem Verband der Hausangestellten, zuzuführen. Darüber schreibt unsere Einsenderin:

„Anstatt erst die Mitgliedschaft im Verbands zu erwerben und dann eine geeignete Stelle zu suchen, damit die Haus-

angestellte auch immer den genügenden Schutz hinter sich hat, geschieht leider das Erstere nie.

Es ist also dringend geboten, daß alle Arbeitereltern, welche ihre Töchter in die Haushaltungen geben, zuerst die Mitgliedschaft in der Organisation erwerben, denn nur diese ist imstande, die Lage der Hausangestellten zu verbessern.“

Wir hoffen, daß diese sachkundigen Ausführungen die entsprechende Beachtung finden.

#### Gelbe Vereine im Gewerkschaftsring

Der Zentralverband der Fleischer schreibt uns: Es ist verständlich, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften in der Ausnahme von Arbeitnehmervereinigungen nicht besonders konsequent sind, da sie seit Jahren gegenüber den anderen Gewerkschaftsrichtungen stagnieren. Daß sie sich aber dazu hergeben, einen rein gelben Verein resp. Bund aufzunehmen und diesem Deckung leisten, ist für eine Gewerkschaft doch sehr beschämend.

Der Deutsche Fleischergefellnbund, Sitz Berlin, ist eine ausgesprochene gelbe Organisation, von den Fleischermeistern gefördert und unterstützt, um als Gegengewicht gegen den Zentralverband der Fleischer zu dienen. Nach dem Kriege versuchten die Fleischermeister, sich eine Hausreicherbande zu schaffen. Die Hirsche, bei denen der Bund um Aufnahme ersuchte, lehnte ab, da er sich selbst kompromittiert hätte. Die Hirsche aber empfingen darauf die Gelben mit offenen Armen.

Bei einer Anzahl von Lohnbewegungen werden diese neugeborenen Hirsche von den Fleischervereinigungen lediglich dazu benutzt, um die Lohnbewegung der freien Gewerkschaft abzuzuwürgen. Wenn in einem Orte die Fleischergefelln in eine Lohnbewegung eintreten, dann werden die Forderungen zunächst abgelehnt. Ehe der Schlichtungsausschuß zusammentreten kann, wird von der Fleischerinnung ein „gelber Hirsch“ auf Kosten der Innung herbeigeholt und in Anwesenheit sämtlicher Innungsmeister auf die Gesellen eingewirkt. Die Söhne der Meister und einige Angestellten lassen sich durch den vereinten Druck breitschlagen, gründen eine Ortsgruppe der Hirsche und schließen sofort einen Tarifvertrag ab, den natürlich niemand einhält. Bei den Verhandlungen auf den Schlichtungsausschüssen kommt dann der Fleischer-Obermeister mit stolzer Miene und präsentiert „seinen“ Vertrag und lehnt den Abschluß mit einer anderen Partei kategorisch ab. Schwere wirtschaftliche Kämpfe entwickeln sich vielfach daraus, da weder der Fleischerverband, noch die freigewerkschaftliche Arbeiterschaft des Ortes sich ein solches Gauklerpiel gefallen läßt.

In der Provinz spielen sich jetzt solche Fälle ab. In Neusalz a. d. Oder griff der Schlichtungsausschuß von Amts wegen ein und schloß einen Schiedspruch, worin er zur Begründung ausführte, der Abschluß eines Tarifvertrages mit dem Zentralverbande sei schon deshalb notwendig, damit nicht die Gesellen noch weiter zur Charakterlosigkeit erzogen würden. Der Obermeister vertiefte sich auf seinen Tarif mit der Hirsch-Dunderschen Ortsgruppe von 4 Mann und lehnte ab. Der Bopsttkampf geht nun ungeschwächt und mit größerer Erbitterung weiter als vorher, zumal die Ar-

# Spottprebillige Ostermäntel

**Der links außenstehende hoheleg. Tuchmantel**  
z. B. in feinen und aparten, modischen Farben, mit seinem interessanten, entzückend bestickten Kragen

**975.-**

**Eleganter Gabardin-Mantel**  
in der beliebten Modefarbe milchschmucker, der Farbe des Mantels sich harmonisch anpassender Steppersilverzier, u. milnennart. andersfarb. Unterkrög. u. Manschettenfutter

**1275.-**

**Einfarbiger Frühjahrs-Mantel**  
in der so viel begährten Modefarbe, sehr flotten, weißgeschlittenen Aermeln u. andersfarb. Kragen u. Stulpen. Sehr schmucke Steppersilverzier und beschriftenswert. Rückenschiff

**595.-**

**Fescher Fantasic-Palciot**  
aus schöner, grauer Frühjahrsware, mit andersfarbigem Unterkragen und besonders reizvoller Seitenpartie

**495.-**

**Königstr. 33 Chausseestr. 113**  
Am Bahnhof Alexanderplatz      Beim Stettiner Bahnhof

Wegen des erfahrungsgemäß starken Andrages auf unsere Inseratangebote können schriftliche Bestellungen auf dieselben nicht berücksichtigt werden!

Beitrag über die Fleischmeister und über das Verhalten der Hirsche mit Recht empört ist. Es muß angenommen werden, daß die Leitung des Gewerkschaftsrings sich mit den Gelben recht wohl fühlt, da sie bereits jahrelang diesen komploten Verrat deckt.

### Unternehmerterror

Den Angestellten des Weinhauses Traube wird ein Fragebogen vorgelegt, der neben den Fragen nach Name, Geburtsort usw. u. a. die Frage 7, Zugehörigkeit zu einem Verbande oder ähnlicher Organisation, enthält. Im Anschluß an die Fragen, deren Beantwortung von den Angestellten unbedingt verlangt wird, sollen die Betreffenden dann folgende Versicherung abgeben:

Ich versichere, daß die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen von mir gemacht worden sind. Ich verpflichte mich, später eintretende Veränderungen innerhalb 5 Tagen der Direktion schriftlich anzuzeigen. Ich bin darauf hinzuweisen, daß falsche Angaben oder die Unterlassung der Anzeige späterer Veränderungen als Ungehorsam einen sofortigen Entlassungsgrund bilden.

Die letzte Versicherung, die die Angestellten zu unterschreiben gezwungen werden, ist Unternehmerterror schimmiger Art. Zugleich ist dies ein glatter Versuch gegen die in der Verfassung gewährleistete Koalitionsfreiheit, die aber, wie immer, wenn es sich um Arbeiterrechte handelt, nicht strafrechtlich geschützt ist.

Interessant ist, daß dieser Terror gerade von einem Unternehmer stammt, der während des Streiks der Gastwirtschaften am lauten über den angeblichen Terror der streikenden Arbeitnehmer schrieb; der es fertig brachte, während von Arbeitnehmern wegen aller möglichen und unmöglichen Anzeigen vor die ordentlichen Gerichte zu schleifen.

Allen Arbeitnehmern, denen solche Wische zur Unterschrift vorgelegt werden, empfehlen wir, die Unterschrift zu verweigern und im Falle einer Entlassung den Schlichtungsausschuß und Gewerbeamt anzurufen. Sollte es Fälle geben, in denen die Angestellten aus irgendwelchen Gründen die Unterschrift unter diesen Personalbogen leisten, so empfehlen wir ihnen, den Unternehmern die Antwort zu geben, die sie wünschen, selbst die die Gefahr hin, daß die Angaben un wahr sind, da die unwahre Beantwortung der Frage nach der gewerkschaftlichen Zugehörigkeit weder ein Grund zur Entlassung oder Kündigung ist, noch irgendwelche Nachteile haben kann. Denn juristisch liegt die Sache so, daß beide Teile nur verpflichtet sind, über Gegebenheiten, die das Vertragsverhältnis betreffen, die Wahrheit zu sagen. Politische, religiöse und ähnliche Fragen gehören nicht zu den Fragen, die das Arbeitsverhältnis betreffen.

### U.S.P.-Eisenbahner

Am Montag, den 10. April 1922, abends 7 Uhr, findet eine Versammlung aller im D. C. V. organisierten U.S.P.-Eisenbahner in der Neuen Philharmonie, Abenderstraße 107, statt. Tagesordnung: Stellungnahme zum Gewerkschaftskongress. Es ist Pflicht eines jeden, pünktlich zu erscheinen. Partei- und Mitgliedsbuch des D. C. V. legitimiert. Der Verbandsauschuß der U.S.P.-Eisenbahner.

### U.S.P.-Metallarbeiter

Generalversammlung delegierte und Verwaltungsmittglieder des D. M. V., soweit sie auf dem Boden der U. S. P. stehen. Am Montag, den 10. April, abends pünktlich 5 1/2 Uhr, Fraktionsversammlung in den Sophienhallen (Hochzeithaal). Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Tagesordnung der Generalversammlung, Parteilosweis und Delegiertenkarte legitimiert. Das pünktliche Erscheinen aller in Frage kommenden Genossen ist Pflicht. Der Fraktionsvorstand.

### Drohender Angestelltenstreik der Textil-Industrie

Am 6. d. Mts. fand eine zahlreich besuchte Afa-Versammlung der Angestellten und Werkmeister der Textil-Industrie statt, in welcher der Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern vor dem Schlichtungsausschuß gegeben wurde. Der gefällte Schiedsspruch soll den Angestellten der Textil-Industrie für den Monat April eine Erhöhung der Wära-Tarifgebälter um 35 Prozent und für Mai um 45 Prozent, den Angestellten der Färbereien für den Monat April eine Erhöhung um 45 Prozent und für Monat Mai um 55 Prozent bringen.

In der Diskussion fand der Schiedsspruch eine mäßige Ablehnung. Es wurde beschlossen, in den Betrieben eine Urabstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches vorzunehmen. Die Stimmung der Angestellten und Werkmeister ist eine äußerst gereizte, und es dürfte kaum zu einer friedlichen Lösung dieses Streites kommen, wenn nicht die Arbeitgeber in letzter Stunde sich zu weiter gehenden Zugeständnissen bequemen. Die Vertrauensleute und Funktionäre in den Betrieben sind gehalten, sofort in ihrem Betriebe geheime Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung dieses Schiedsspruches vornehmen zu lassen und das Resultat an den Afa-Bund, Berlin K 19, Reinickendorfer Straße 118, II, bis zum 11. April dieses Jahres einzufenden.

### Zum Angestelltenstreik in der Zigaretten-Industrie.

Der 3. d. M. teilt mit: Zu den vom Demobilisierungskommissar zu Sonnabend, dem 8. d. Mts., anberaumten kontraktlichen Verhandlungen war vom Arbeitgeberverband nur der Syndikus Dr. Simon erschienen, welcher erklärte, keinerlei Vollmacht zu haben, in die tatsächlichen Verhandlungen einzutreten. Er gab die wiederholt gemachte Erklärung ab, daß Verhandlungen mit den Angestellten erst nach Wiederaufnahme der Arbeit geschlossen werden könnten. Das mußte von den Angestellten-Organisationen selbstverständlich abgelehnt werden. Es kam daher durch das Verhalten der Arbeitgeber zu keiner Verhandlung; der Demobilisierungskommissar wird nunmehr über den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des vom Schlichtungs-Ausschuß gefällten Spruches entscheiden müssen. Der Streik geht also weiter.

Ganz besondere Empörung hat bei den Angestellten das Verhalten der gewerblichen Arbeiter im Betriebe Wenzel, Neuenburger Straße 8, hervorgerufen, wo sich die Streikbrecher des besondern Säuges der Arbeiter erfreuen, ja sogar von diesen in den Betrieb geleitet werden. Die Angestellten appellieren an das rühmende Publikum, sie in ihrem Kampfe zu unterstützen.

Zentralverband der Angestellten. Der Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Berlin, ruft seine Funktionäre zu einer am Montag, den 10. April 1922, abends 7 Uhr, in den „Müller-Sälen“, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, stattfindenden allgemeinen Funktionärerversammlung zusammen. Kurz feing spricht über die deutsche Wiederaufnahme und die Befreiung der Angestellten. Vollständiges Erscheinen ist unbedingt notwendig.

Nachgruppe Einzelhandel. Der neue Tarifvertrag ist gedruckt erschienen und im Verbandsbüro erhältlich. — Für die kaufmännischen Angestellten des Buchhandels, des

Zeitungs- und Annoncen- und Kartonnagenbranche sind neue Tarifverträge abgeschlossen. Nähere Auskunft erteilt der Zentralverband der Angestellten, S.B. 1, Belle-Alliance-Str. 7/10.

Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin.

Göbler, Höfner, Stöcker, Krüger des D. M. V. Wir machen darauf aufmerksam, daß heute vorm. 9 Uhr die Brandenburger Versammlung stattfindet. Da insbesondere die U.S.P.-Fraktion wieder versucht, Eigenbrödel zu machen, ersuchen wir alle unsere Anhänger, vollständig in dieser Versammlung anwesend zu sein.

Neue Löhne für April im Jahrgewerbe. Zwischen der Fuhrherren-Innung und dem Transportarbeiter-Verband sind durch Verhandlungen die Löhne für das Post- und Postfachgewerbe neu geregelt worden, und zwar mit Wirkung ab 1. April und Geltung bis 30. April. Dieselben betragen von 480 Mark bis 740 Mark. Tarifverträge können unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches im Büro des Transportarbeiter-Verbandes, Engelauer 24-25, Zimmer 3, in Empfang genommen werden.

Tapetiererei! Die Kollegen, welche ihre Streikunterstützung noch nicht abgeholt haben, müssen diese bis spätestens Montag, den 9. April, von 4 bis 7 Uhr, abholen. Eine spätere Auszahlung kann nicht mehr erfolgen.

Vollversammlung aller kommunalen Betriebsräte Berlins am Mittwoch, den 12. April 1922, abends 6 Uhr, pünktlich in der Stadthalle, Klosterstraße. Stellungnahme zum Neuaufbau der Betriebsräte in der Kommune Berlin. Referent: Kollege Schwanebeck. Vollständiges Erscheinen aller Betriebsräte ist in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung unbedingt erforderlich. Betriebsrätsausweise der Dienststelle sind am Eingang vorzulegen. Eine Ausweiskarte kein Zutritt. — Der geschäftsführende Ausschuß.

Musikinstrumentenarbeiter! Am Montag, dem 10. April, abends 5 Uhr, findet in der Brauerei Friedrichshain, am Friedrichshain, eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung aller in der Musikinstrumenten-Industrie Beschäftigten statt. Tagesordnung: Bericht von den Lohnverhandlungen. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.

### Ein neuer Lehrgang der Betriebsräteschule

In der zweiten Maiwoche beginnt ein neuer Lehrgang, der sich über drei bis fünf Wochen erstreckt. Unterrichtsverzeichnisse sind sowohl im Bureau der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Berlin S.O., Engelauer 24/25, 2. Hof 1. Trepp., als auch bei den einzelnen Verbänden erhältlich. Platze zur Bekanntmachung der Kurie in den Betrieben sind im Bureau der Schule in gewünschter Anzahl zu haben. Aufgabe der Betriebsräte und der Funktionäre, insbesondere auch unserer Kuriervertrauensleute ist es, die Kollegschaft zur Teilnahme am Unterricht heranzuziehen und Sammelbestellungen in den Betrieben aufzunehmen. Hörerkarten werden diesmal nur im Bureau der Schule ausgegeben. Die Höhe des Hörerbeitrages richtet sich nach der Zahl der Unterrichtsstunden der einzelnen Kurse, die 3-5 Doppelstunden umfassen. Preis pro Doppelstunde 1 M. Arbeitslose erhalten die Hörerkarten gegen Vorzeigung ihres Ausweises unentgeltlich.

Der Lehrplan der Schule enthält eine Reihe von Kursen, in denen arbeitsrechtliche und volkswirtschaftliche Fragen höchst aktueller Natur besprochen werden, und die eine wertvolle Ergänzung unserer bisherigen Kurse darstellen. Von den einzelnen Lehrgängen seien besonders erwähnt: „Der Betriebsrat im industriellen Großbetrieb“, „Die Stellung des Betriebsrats im Kleinbetrieb“ und die Kurse, die sich mit der Entwicklung des Arbeitsrechts und den kommenden arbeitsrechtlichen Gesetzen, sowie mit der modernen Sozialversicherung befassen. Von den volkswirtschaftlichen Lehrgängen verdienen die Kurse, in denen die wichtigsten Lohnformen, insbesondere auch die gleitende Lohnskala, ferner die Errechnung der Feuerungs- und Ziffern besprochen werden, sowie die Kurse, in denen „Der Stimm-Kongress“, „Die Nationalisierung in der Wirtschaft“, „Die Weltwirtschaftskrise“ und das Verhältnis Sowjet-Rußlands zur westeuropäischen Wirtschaft zur Besprechung gelangen, besondere Erwähnung. Ein Kursus über „Gewerbe-Hygiene“ zeigt dem Betriebsrat, was es auf diesem Gebiete zu erstreben gilt.

Alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten (nicht nur die Betriebsräte) fördern wir auf, die Kurse der Betriebsräteschule zu besuchen. Nur wenn die Arbeiterkraft unabhängig bemüht ist, sich das Wissen und die notwendigen Kenntnisse anzueignen, wird sie einmal in der Lage sein, den Einfluss im Wirtschaftsleben auszuüben, der ihrer historischen Bedeutung entspricht.

### Berliner Bühnenplan

Vom 9. bis 17. April.

Erstaufführungen:

Leffing-Theater: 10. Kollege Krampion. — Berliner Theater: 15. Madame Xant. — Theater am Robertplatz: 15. Verlebte Leute. — Komische Oper: 15. Der Herr vom Baum. — Schloßpark-Theater: 15. Grotesques. 16. Liebesleid und -lust. — Th. in der Kommandantenstr.: 15. Selbstern. — Casino-Theater: 15. Der Riese aus Afrika.

Wechseltender Spielplan:

Volkstheater: 9. 11. 13. 15. Die Kanten. 10. 12. 14. 16. Heber die Kraft. 12. Kaffe Kram. 13. 15. König Lear. — Neues Volks-Th.: 9. 10. 12. 13. 15. 17. Schuler Mann. 11. 13. Heule. 14. Verlobung. — Stadt-Schauspielhaus: 11. 13. 15. 17. 19. 21. 23. 25. 27. 29. 31. 33. 35. 37. 39. 41. 43. 45. 47. 49. 51. 53. 55. 57. 59. 61. 63. 65. 67. 69. 71. 73. 75. 77. 79. 81. 83. 85. 87. 89. 91. 93. 95. 97. 99. 101. 103. 105. 107. 109. 111. 113. 115. 117. 119. 121. 123. 125. 127. 129. 131. 133. 135. 137. 139. 141. 143. 145. 147. 149. 151. 153. 155. 157. 159. 161. 163. 165. 167. 169. 171. 173. 175. 177. 179. 181. 183. 185. 187. 189. 191. 193. 195. 197. 199. 201. 203. 205. 207. 209. 211. 213. 215. 217. 219. 221. 223. 225. 227. 229. 231. 233. 235. 237. 239. 241. 243. 245. 247. 249. 251. 253. 255. 257. 259. 261. 263. 265. 267. 269. 271. 273. 275. 277. 279. 281. 283. 285. 287. 289. 291. 293. 295. 297. 299. 301. 303. 305. 307. 309. 311. 313. 315. 317. 319. 321. 323. 325. 327. 329. 331. 333. 335. 337. 339. 341. 343. 345. 347. 349. 351. 353. 355. 357. 359. 361. 363. 365. 367. 369. 371. 373. 375. 377. 379. 381. 383. 385. 387. 389. 391. 393. 395. 397. 399. 401. 403. 405. 407. 409. 411. 413. 415. 417. 419. 421. 423. 425. 427. 429. 431. 433. 435. 437. 439. 441. 443. 445. 447. 449. 451. 453. 455. 457. 459. 461. 463. 465. 467. 469. 471. 473. 475. 477. 479. 481. 483. 485. 487. 489. 491. 493. 495. 497. 499. 501. 503. 505. 507. 509. 511. 513. 515. 517. 519. 521. 523. 525. 527. 529. 531. 533. 535. 537. 539. 541. 543. 545. 547. 549. 551. 553. 555. 557. 559. 561. 563. 565. 567. 569. 571. 573. 575. 577. 579. 581. 583. 585. 587. 589. 591. 593. 595. 597. 599. 601. 603. 605. 607. 609. 611. 613. 615. 617. 619. 621. 623. 625. 627. 629. 631. 633. 635. 637. 639. 641. 643. 645. 647. 649. 651. 653. 655. 657. 659. 661. 663. 665. 667. 669. 671. 673. 675. 677. 679. 681. 683. 685. 687. 689. 691. 693. 695. 697. 699. 701. 703. 705. 707. 709. 711. 713. 715. 717. 719. 721. 723. 725. 727. 729. 731. 733. 735. 737. 739. 741. 743. 745. 747. 749. 751. 753. 755. 757. 759. 761. 763. 765. 767. 769. 771. 773. 775. 777. 779. 781. 783. 785. 787. 789. 791. 793. 795. 797. 799. 801. 803. 805. 807. 809. 811. 813. 815. 817. 819. 821. 823. 825. 827. 829. 831. 833. 835. 837. 839. 841. 843. 845. 847. 849. 851. 853. 855. 857. 859. 861. 863. 865. 867. 869. 871. 873. 875. 877. 879. 881. 883. 885. 887. 889. 891. 893. 895. 897. 899. 901. 903. 905. 907. 909. 911. 913. 915. 917. 919. 921. 923. 925. 927. 929. 931. 933. 935. 937. 939. 941. 943. 945. 947. 949. 951. 953. 955. 957. 959. 961. 963. 965. 967. 969. 971. 973. 975. 977. 979. 981. 983. 985. 987. 989. 991. 993. 995. 997. 999. 1001. 1003. 1005. 1007. 1009. 1011. 1013. 1015. 1017. 1019. 1021. 1023. 1025. 1027. 1029. 1031. 1033. 1035. 1037. 1039. 1041. 1043. 1045. 1047. 1049. 1051. 1053. 1055. 1057. 1059. 1061. 1063. 1065. 1067. 1069. 1071. 1073. 1075. 1077. 1079. 1081. 1083. 1085. 1087. 1089. 1091. 1093. 1095. 1097. 1099. 1101. 1103. 1105. 1107. 1109. 1111. 1113. 1115. 1117. 1119. 1121. 1123. 1125. 1127. 1129. 1131. 1133. 1135. 1137. 1139. 1141. 1143. 1145. 1147. 1149. 1151. 1153. 1155. 1157. 1159. 1161. 1163. 1165. 1167. 1169. 1171. 1173. 1175. 1177. 1179. 1181. 1183. 1185. 1187. 1189. 1191. 1193. 1195. 1197. 1199. 1201. 1203. 1205. 1207. 1209. 1211. 1213. 1215. 1217. 1219. 1221. 1223. 1225. 1227. 1229. 1231. 1233. 1235. 1237. 1239. 1241. 1243. 1245. 1247. 1249. 1251. 1253. 1255. 1257. 1259. 1261. 1263. 1265. 1267. 1269. 1271. 1273. 1275. 1277. 1279. 1281. 1283. 1285. 1287. 1289. 1291. 1293. 1295. 1297. 1299. 1301. 1303. 1305. 1307. 1309. 1311. 1313. 1315. 1317. 1319. 1321. 1323. 1325. 1327. 1329. 1331. 1333. 1335. 1337. 1339. 1341. 1343. 1345. 1347. 1349. 1351. 1353. 1355. 1357. 1359. 1361. 1363. 1365. 1367. 1369. 1371. 1373. 1375. 1377. 1379. 1381. 1383. 1385. 1387. 1389. 1391. 1393. 1395. 1397. 1399. 1401. 1403. 1405. 1407. 1409. 1411. 1413. 1415. 1417. 1419. 1421. 1423. 1425. 1427. 1429. 1431. 1433. 1435. 1437. 1439. 1441. 1443. 1445. 1447. 1449. 1451. 1453. 1455. 1457. 1459. 1461. 1463. 1465. 1467. 1469. 1471. 1473. 1475. 1477. 1479. 1481. 1483. 1485. 1487. 1489. 1491. 1493. 1495. 1497. 1499. 1501. 1503. 1505. 1507. 1509. 1511. 1513. 1515. 1517. 1519. 1521. 1523. 1525. 1527. 1529. 1531. 1533. 1535. 1537. 1539. 1541. 1543. 1545. 1547. 1549. 1551. 1553. 1555. 1557. 1559. 1561. 1563. 1565. 1567. 1569. 1571. 1573. 1575. 1577. 1579. 1581. 1583. 1585. 1587. 1589. 1591. 1593. 1595. 1597. 1599. 1601. 1603. 1605. 1607. 1609. 1611. 1613. 1615. 1617. 1619. 1621. 1623. 1625. 1627. 1629. 1631. 1633. 1635. 1637. 1639. 1641. 1643. 1645. 1647. 1649. 1651. 1653. 1655. 1657. 1659. 1661. 1663. 1665. 1667. 1669. 1671. 1673. 1675. 1677. 1679. 1681. 1683. 1685. 1687. 1689. 1691. 1693. 1695. 1697. 1699. 1701. 1703. 1705. 1707. 1709. 1711. 1713. 1715. 1717. 1719. 1721. 1723. 1725. 1727. 1729. 1731. 1733. 1735. 1737. 1739. 1741. 1743. 1745. 1747. 1749. 1751. 1753. 1755. 1757. 1759. 1761. 1763. 1765. 1767. 1769. 1771. 1773. 1775. 1777. 1779. 1781. 1783. 1785. 1787. 1789. 1791. 1793. 1795. 1797. 1799. 1801. 1803. 1805. 1807. 1809. 1811. 1813. 1815. 1817. 1819. 1821. 1823. 1825. 1827. 1829. 1831. 1833. 1835. 1837. 1839. 1841. 1843. 1845. 1847. 1849. 1851. 1853. 1855. 1857. 1859. 1861. 1863. 1865. 1867. 1869. 1871. 1873. 1875. 1877. 1879. 1881. 1883. 1885. 1887. 1889. 1891. 1893. 1895. 1897. 1899. 1901. 1903. 1905. 1907. 1909. 1911. 1913. 1915. 1917. 1919. 1921. 1923. 1925. 1927. 1929. 1931. 1933. 1935. 1937. 1939. 1941. 1943. 1945. 1947. 1949. 1951. 1953. 1955. 1957. 1959. 1961. 1963. 1965. 1967. 1969. 1971. 1973. 1975. 1977. 1979. 1981. 1983. 1985. 1987. 1989. 1991. 1993. 1995. 1997. 1999. 2001. 2003. 2005. 2007. 2009. 2011. 2013. 2015. 2017. 2019. 2021. 2023. 2025. 2027. 2029. 2031. 2033. 2035. 2037. 2039. 2041. 2043. 2045. 2047. 2049. 2051. 2053. 2055. 2057. 2059. 2061. 2063. 2065. 2067. 2069. 2071. 2073. 2075. 2077. 2079. 2081. 2083. 2085. 2087. 2089. 2091. 2093. 2095. 2097. 2099. 2101. 2103. 2105. 2107. 2109. 2111. 2113. 2115. 2117. 2119. 2121. 2123. 2125. 2127. 2129. 2131. 2133. 2135. 2137. 2139. 2141. 2143. 2145. 2147. 2149. 2151. 2153. 2155. 2157. 2159. 2161. 2163. 2165. 2167. 2169. 2171. 2173. 2175. 2177. 2179. 2181. 2183. 2185. 2187. 2189. 2191. 2193. 2195. 2197. 2199. 2201. 2203. 2205. 2207. 2209. 2211. 2213. 2215. 2217. 2219. 2221. 2223. 2225. 2227. 2229. 2231. 2233. 2235. 2237. 2239. 2241. 2243. 2245. 2247. 2249. 2251. 2253. 2255. 2257. 2259. 2261. 2263. 2265. 2267. 2269. 2271. 2273. 2275. 2277. 2279. 2281. 2283. 2285. 2287. 2289. 2291. 2293. 2295. 2297. 2299. 2301. 2303. 2305. 2307. 2309. 2311. 2313. 2315. 2317. 2319. 2321. 2323. 2325. 2327. 2329. 2331. 2333. 2335. 2337. 2339. 2341. 2343. 2345. 2347. 2349. 2351. 2353. 2355. 2357. 2359. 2361. 2363. 2365. 2367. 2369. 2371. 2373. 2375. 2377. 2379. 2381. 2383. 2385. 2387. 2389. 2391. 2393. 2395. 2397. 2399. 2401. 2403. 2405. 2407. 2409. 2411. 2413. 2415. 2417. 2419. 2421. 2423. 2425. 2427. 2429. 2431. 2433. 2435. 2437. 2439. 2441. 2443. 2445. 2447. 2449. 2451. 2453. 2455. 2457. 2459. 2461. 2463. 2465. 2467. 2469. 2471. 2473. 2475. 2477. 2479. 2481. 2483. 2485. 2487. 2489. 2491. 2493. 2495. 2497. 2499. 2501. 2503. 2505. 2507. 2509. 2511. 2513. 2515. 2517. 2519. 2521. 2523. 2525. 2527. 2529. 2531. 2533. 2535. 2537. 2539. 2541. 2543. 2545. 2547. 2549. 2551. 2553. 2555. 2557. 2559. 2561. 2563. 2565. 2567. 2569. 2571. 2573. 2575. 2577. 2579. 2581. 2583. 2585. 2587. 2589. 2591. 2593. 2595. 2597. 2599. 2601. 2603. 2605. 2607. 2609. 2611. 2613. 2615. 2617. 2619. 2621. 2623. 2625. 2627. 2629. 2631. 2633. 2635. 2637. 2639. 2641. 2643. 2645. 2647. 2649. 2651. 2653. 2655. 2657. 2659. 2661. 2663. 2665. 2667. 2669. 2671. 2673. 2675. 2677. 2679. 2681. 2683. 2685. 2687. 2689. 2691. 2693. 2695. 2697. 2699. 2701. 2703. 2705. 2707. 2709. 2711. 2713. 2715. 2717. 2719. 2721. 2723. 2725. 2727. 2729. 2731. 2733. 2735. 2737. 2739. 2741. 2743. 2745. 2747. 2749. 2751. 2753. 2755. 2757. 2759. 2761. 2763. 2765. 2767. 2769. 2771. 2773. 2775. 2777. 2779. 2781. 2783. 2785. 2787. 2789. 2791. 2793. 2795. 2797. 2799. 2801. 2803. 2805. 2807. 2809. 2811. 2813. 2815. 2817. 2819. 2821. 2823. 2825. 2827. 2829. 2831. 2833. 2835. 2837. 2839. 2841. 2843. 2845. 2847. 2849. 2851. 2853. 2855. 2857. 2859. 2861. 2863. 2865. 2867. 2869. 2871. 2873. 2875. 2877. 2879. 2881. 2883. 2885. 2887. 2889. 2891. 2893. 2895. 2897. 2899. 2901. 2903. 2905. 2907. 2909. 2911. 2913. 2915. 2917. 2919. 2921. 2923. 2925. 2927. 2929. 2931. 2933. 2935. 2937. 2939. 2941. 2943. 2945. 2947. 2949. 2951. 2953. 2955. 2957. 2959. 2961. 2963.